

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gasse Nr. 5/6, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, drei Monate 2.00. Durch die Post bezogen 2.50. Preis im Haus 2.00, wo keine Post am Orte 2.30.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Bestellen Sie die „Volkswacht“ bei den Postämtern oder durch den Kolporteur. Preis vierteljährlich 2.50, drei Monate 2.00. Durch die Post bezogen 2.50. Preis im Haus 2.00, wo keine Post am Orte 2.30.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 93.

Breslau, Freitag, den 21. April 1911

22. Jahrgang.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Reichsversicherungsordnung.

In den Erörterungen über die Durchpfechtung der Reichsversicherungsordnung bemühen sich die gemäßigten Blätter, es als selbstverständlich hinzustellen, daß die Sozialdemokraten Obstruktion machen werden, um die Beratung dieses Gesetzes im Plenum des Reichstages vor den Sommerferien nicht zum Abschluß gelangen zu lassen. Gegen diese Obstruktion werden dann die Mehrheitsparteien als die starken Männer hingestellt, die jeden derartigen Versuch durch die Vergewaltigung der Minderheit verhindern werden.

Dabei lassen es diese Blätter unbeachtet, daß von anderer Seite bereits wiederholt erklärt worden ist, bis jetzt habe sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in keiner Weise für eine Obstruktion in dieser Sache erklärt. Dem entspricht auch die Haltung unserer Genossen in der Reichsversicherungsordnungs-Kommission des Reichstages. Sie sind dort selbstverständlich für eine sachgemäße und gründliche Aussprache über die notwendigen Verbesserungen des Entwurfes eingetreten, haben aber niemals versucht, die Beratungen zu verschleppen. Nicht einmal die gewerbmäßigen Verleumder der Sozialdemokraten haben einen derartigen Vorwurf gegen unsere Genossen in der Kommission zu erheben gewagt. Diese Haltung der Kommissionsmitglieder hat auch in der Fraktion keinen Widerspruch gefunden; im Gegenteil herrscht völlige Einstimmigkeit in der Fraktion darüber, daß wir uns im Plenum in derselben Weise wie in der Kommission an der Beratung der Reichsversicherungsordnung beteiligen werden.

In der letzten Sitzung der Kommission, unmittelbar vor den Osterferien des Reichstages, haben unsere Genossen allerdings den Vorschlag der Mehrheitsparteien für die Feststellung der Kommissionsbezüge widersprochen. Dies geschah aber nur deshalb, weil sie — mit vollem Recht, wie schließlich selbst die Mehrheitsparteien anerkennen mußten — nachgewiesen haben, daß eine wirklich sachgemäße Prüfung der Verträge nach den Vorschlägen der Mehrheitsparteien gar nicht möglich gewesen wäre.

Dabei haben die Kommissionsberichte gerade in diesem Falle aus doppeltem Grunde eine große Bedeutung. Zunächst sind sie für die Reichstagsabgeordneten, die nicht in der Kommission gewesen sind, das einzige Mittel, sich ein eigenes Urteil über die Kommissionsbeschlüsse zu bilden. Die Beratungen der Kommission fanden zu einem guten Teil während der Sommerferien statt. Nach dem Zusammentritt des Reichstages im letzten Winter waren die Fraktionen so sehr mit anderen wichtigen Fragen besetzt, daß es auch damals den Kommissionsmitgliedern nicht möglich war, ihren Fraktionskollegen über die große Zahl wichtiger Fragen, die bei der Reichsversicherungsordnung in Betracht kommen, Bericht zu erstatten. Deshalb muß jetzt der Bericht möglichst nachgeholt werden, und das kann nur an der Hand der Kommissionsberichte geschehen.

Kußerdem sind die Kommissionsberichte von bleibendem Wert für die Auslegung der einzelnen, an sich nicht immer leicht verständlichen Gesetzesbestimmungen, die überdies oft genug mit anderen Bestimmungen des Gesetzes in Widerspruch stehen. Um so bezeichnender ist es, daß die Mehrheitsparteien gar keinen Wert auf eine sachgemäße Prüfung der Kommissionsberichte legen, sondern einzig und allein darauf bedacht sind, die Berichte möglichst bald dem Plenum zu übergeben, um dort unmittelbar danach das neue Gesetz durchzusetzen.

Eine Ueberhaftung der Beratung im Plenum des Reichstages wäre aber geradezu unverantwortlich. Haben doch die Mehrheitsparteien bereits in der Kommission die Verhandlungen so geführt, daß Anträge nicht so gründlich geprüft werden konnten, wie es notwendig gewesen wäre. In der ersten Lesung des Entwurfes in der Kommission sind die Mehrheitsparteien mit ihren wirklichen Absichten noch gar nicht hervorgetreten. In der zweiten Lesung haben sie die für die Beurteilung großer Abschnitte des Entwurfes entscheidende Streitfrage, die Entziehung der Arbeiter in der Leitung der Ortskrankenkassen, bis zum Schluß der Beratung zurückgestellt. Endlich sind sie sogar noch in der dritten Beratung, die nur dem Ausgleich-redaktioneller Unstimmigkeiten dienen sollte, mit weiteren sehr wichtigen Verschleppungen gekommen, so mit der Uebertragung der Krankenkassen für die landwirtschaftlichen Arbeiter und für die Dienstboten. Aus diesen Gründen ließ sich nicht mehr übersehen, ob mit den beantragten Änderungen die früher gefaßten Beschlüsse über die damit in Verbindung stehenden Fragen im Einklang stehen. Daraus ergaben sich die vielen Unstimmigkeiten, die in dem Entwurf nach den Beschlüssen der Kommission enthalten sind.

Die Mehrheitsparteien freilich nehmen an diesen Unstimmigkeiten keinen Anstoß. Sie lassen sich — wie sich aus der Natur der Sache ergibt, die „Deutsche Tageszeitung“ aber noch ausdrücklich beteuert hat — in erster

Linie von der Furcht leiten, daß wenn die Reichsversicherungsordnung jetzt nicht zustande kommt, sie nach der Reichstagswahl in einer für die Arbeiter viel günstigeren Fassung beschlossen werden wird.

Dies kann aber für die Sozialdemokratie nur ein Grund dafür sein, sich unter keinen Umständen mitschuldig an der Durchpfechtung der Reichsversicherungsordnung zu machen, vielmehr mit allen Kräften auf die Verbesserung des Entwurfes hinzuwirken, damit das, was jetzt zustande kommt, nicht schlechter ist als das, was voraussichtlich im nächsten Reichstage erreicht werden kann. So ergibt sich für die Sozialdemokratie die Forderung: keine Obstruktion, aber eine sachliche Beratung und gründliche Verbesserung des Entwurfes.

Was die Arbeiter zu verlangen haben, ist eine angemessene Erhöhung der ganz ungenügenden Renten für die Witwen und Waisen, für die Invaliden usw., die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Folgen der Unfälle, die sich auf dem Wege nach der Arbeit und von der Arbeit ereignen, sowie auf die Folgen der Gewerbekrankheiten. In dieser Beziehung hat die Kommission fast ganz verjagt, ja sie hat sogar die Ausgaben der Versicherungsanstalten für Heilzwecke eingeschränkt. Eine ebenso wichtige Frage ist die Selbstverwaltung der Arbeiter. Was helfen selbst die arbeiterfreundlichsten Bestimmungen, wenn sie im arbeiterfeindlichen Sinne durchgeführt werden, wie es jetzt in so vielen Berufsvereinigungen der Unfallversicherung und in so vielen Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung der Fall ist. Die Kommission hat aber die arbeiterfeindliche Wirtschaft in den Berufsvereinigungen und Versicherungsanstalten fast unverändert erhalten und sogar die letzten Reste der Selbstverwaltung in den Krankenkassen den Arbeitern entzogen. Endlich mußte das Verfahren zur Erlangung der bestrittenen Ansprüche an die Arbeiterversicherung verbessert werden. Auch hier hat die Kommission in manchen Punkten das Gegenteil getan: als letzte Instanz ist in Krankenkassensachen das Oberverwaltungsgericht und in den meisten Unfallversicherungssachen das Reichsversicherungsamt ausgeschaltet worden.

Eine so ungenügende Arbeit bedarf dringend einer sachlichen, gründlichen Nachprüfung. Dies fordern die Arbeiter. Und die Sozialdemokraten werden auch im Reichstage dafür eintreten.

Politische Uebersicht.

Der Umsturz siegt!

Als Hauptwaffe gegen die Sozialdemokratie soll auch im kommenden Wahlkampfe der Whilkerische Rassenwiedererhalten, und während der rote Lappen sonst von Konservativen und Liberalen besonders eifrig geschwungen wurde, sucht diesmal das Zentrum in seiner politischen Sündenschuld allen anderen Parteien den Rang dabei abzukaufen. Täglich erscheinen in den untergeordneten Provinzialblättern graufige Mordgeschichten über den grauen Terror und den heimtückischen Volksbeirug der Roten und so ein Pariser Apache, der ein halbes Duzend Totschläge auf dem Gewissen hat, ist gegen einen richtig gehenden Sozialdemokraten noch ein ganz leidlicher Mitbürger. Vom Speziellen wird die Kritik ab und zu wieder einmal auf Internationale gezogen, sei es um eine Schlechtigkeit italienischer Freimaurer oder eine Schandenschat russischer Eisenbahnräuber aufs Konto der deutschen Sozialdemokratie zu schreiben. In diesen Tagen hat die „Schlesische Volkszeitung“ eine neue Seite aufgezoget: Der Siegeslauf der roten Umsturzjahnen in den europäischen Staaten. Unter der Marke „Die gelbe und die rote Internationale“ wird die folgende furchtbare Hauptrechnung aufgeschlagen:

In Italien hat freilich der anseherige Sozialdemokrat den Ministerposten abgetan, aber er und seine Freunde haben dem Ministerium Gialli ihre Unterstützung rückhaltlos zugesagt; darauf hat Herr Gialli, der Ministerpräsident, eine Rede zur Verherrlichung der „gemilderten“ Sozialdemokratie gehalten, die ebenso „schön“ war, wie die des babilonischen Ministers v. Bismarck.

In Spanien und Portugal sind die Sozialdemokraten mit den gegenwärtigen liberalen Regierungen gut Freunde.

In Frankreich gehört die eine Hälfte der sozialdemokratischen Abgeordneten schon längst in aller Form der Regierungsmehrheit an. Die andere Hälfte, die sogenannten gemäßigten Sozialdemokraten, haben sich neuerdings auch zur liberalen Regierung geschozen, seitdem letztere etwas mehr nach links sich entwickelt hat. Frankreich hat ja auch schon mehrfach Sozialdemokraten im liberalen Ministerium gesehen.

In England gibt es keine rote Umsturzpartei wie in den skandinavischen Staaten. Die dortigen Arbeitervertreter haben es aber für selbstverständlich, daß sie die liberale Regierung zu unterstützen haben.

In Holland hat es, obgleich dort die Sozialdemokratie sich höchst umstürzerisch gezeigt hätte, eine Zeitlang eine regelrechte liberalsozialdemokratische Kammermehrheit gegeben, bis das liberale Ministerium auf seinen alten schwachen Stützen zusammenbrach.

In Belgien haben wir augenblicklich den liberalsozialdemokratischen Großblock in Reinkultur. Angenblicklich betreiben diese Parteien zusammen den Kampf gegen das katholisch-konservative Schicksel. Bei den bevorstehenden Wahlen hoffen sie mit vereinten Kräften der Rechte das halbe Duzend der überlebenden Mandate abzuladen und dann das Land

mit einer richtigen Großblockregierung nach französischem Vorbild zu befrachten.

Man sieht, der Großblock ist eine internationale Erscheinung.

Und dann: kommen die Schilderungen über Deutschlands trübe Zukunft. Schade, denn frommen Blatte sind dabei wieder einige „Hörfehler“ unterlaufen. Zum Beispiel: In Portugal gibt es überhaupt noch keine organisierte Sozialdemokratie; in Spanien stehen unsere Genossen unter Führung Pablo Iglesias in erbitterter Feindschaft zum Kabinett Canalejas, das ihnen sogar mit Waffengewalt droht; in Frankreich sind es nur Renegaten und bürgerliche Sozialisten, sogenannte „Unabhängige“, die der Regierung angehören, die sozialdemokratische Arbeiterpartei hält sich davon fern; in Holland haben die Genossen nie eine Regierungsmehrheit bilden helfen. Das sind nur ein paar kleine Berichtigungen. Auf der anderen Seite hat der informierte Mann dagegen ganz vergessen, welche wichtige Position unsere Genossen in den nordischen Staaten, in Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland, einnehmen, vorübergehend auch in Oesterreich schon eingenommen haben. Das Bild von der roten Internationale ist also erstens unvollständig, zweitens falsch.

Aber unsere liberale Presse kann ja damit rechnen, daß dies von ihren Lesern niemand weiß. Wenn dieselben nur nicht auf andere Weise ruhig werden. Alle die aufgezählten Staaten werden doch im Konzert der Mächte als respektable Faktoren angesehen; manche haben eine glänzende wirtschaftliche Entwicklung hinter sich, zum Beispiel Italien — und das alles, trotzdem die „rote Gefahr“ so riesenhaft anwuchs? Schließlich hält der brave Zentrumswähler den Versuch einmal für gar nicht so übel, es auch bei uns mit einem anderen Regiment zu versuchen. Er wird sich erinnern, daß Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien doch ursprünglich erzkatholische Länder sind, auch Holland fast zwei Fünftel katholische Einwohner hat, und daß es doch einen Grund geben muß, weshalb der liebe Gott den Ueberlauf so vieler glaubenstreuer Seelen ins sozialdemokratische und liberale Lager zugelassen hat! Er wird weiter zu der Ansicht kommen, daß eigentlich nur Rußland, Serbien und Marokko von der Sozialdemokratie noch nicht ganz heimgesucht sind, diese Staaten aber kaum als sein Ideal anerkennen, sondern sich auf Seite der „verfeindeten“ Länder schlagen.

Es sind gar legerische Gedanken, die so ein Artikel über den roten Umsturz auslösen kann, und deshalb empfiehlt sich für die liberale Presse noch mehr Vorsicht. Den roten Brüdern darf man nicht trauen, ihnen müssen schließlich alle Dinge zum Besten dienen.

Pfarrer und Abonnentenjäger!

Wie die Vertreter der katholischen Kirche ihr geistliches Amt benützen, um Bekanntheit für die Zentrumsbücher zu machen, davon legt wieder eine aus Groß-Waldby zugegangene Abonnements-Einladung des Herrn Pfarrers Schumann in Alt-Warthau Zeugnis ab. In derselben heißt es:

Ihr werdet vergeblich Kirchen bauen und Missionen veranstalten, Schulen gründen und alle guten Werke verrichten, alle eure Bemühungen werden umsonst sein, wenn ihr nicht die Waffe der katholischen Presse zu gebrauchen wisst!

Katholische Zeitungen,

von denen der katholische Christ wenigstens eine lesen muß, sind

1. „Der Kreis“ kostet vierteljährlich 1,05 Mk., (für Monat März 35 Pf.) also wöchentlich ca. 8 Pf., erscheint dreimal wöchentlich.
2. „Schlesische Nachrichten“ kosten vierteljährlich 1,20 Mk., also wöchentlich 10 Pf., sie erscheinen täglich.
3. „Deutscher Volksfreund“, erscheint in Berlin und kostet vierteljährlich 1,50 Mk. Er erscheint täglich. Der Katholik, welcher wirklich diese 3 Pf. oder 10 Pf. wöchentlich nicht übrig hätte, der bitte ich dringend, keinen Bescheid auf den Quarteller für den Pfarrer zu legen, sich an keiner Kollekte zu beteiligen, nichts in den Klingelbeutel zu tun, (mag die Kirche auch noch so unzureichend sein), aber er lese wenigstens eine katholische Zeitung!

Der Jude liest kein katholisches Blatt! Der Mohammedaner zerreiht jede christliche Zeitung, weil er sich nicht beirathen lassen will. — der katholische Christ aber sollte sich in der Glaubensfestigkeit von Juden und Heiden überbieten lassen? — Das darf nicht sein!

Und den Katholiken die Sache schmackhafter zu machen und auf der Rückseite der Abonnements-Einladung die in Groß-Waldby im Laufe des Jahres abzuhaltenden Gottesdienste angegeben. Außerdem wird noch auf einige kirchliche Bestimmungen hingewiesen. Man sieht also, die katholischen Pfarrer verstehen sich ausgezeichnet auf das Geschäft.

Quarteller, Klingelbeutel, Kollekte, Kirchkasse und die ganze ewige Seligkeit kann vergessen werden, nur die Zentrumspresse soll leben. Und da sie regelmäßig niemand verdäuen kann, müssen Seelfürger Abonnentenjäger machen.

Antimodernisteneid.

Zur Rechtfertigung des von katholischen Priestern abgefassten Antimodernisteneides stellt der kirchliche „Westfälische Merkur“ folgenden Vergleich an:

Allen, welche auf dem Boden des heutigen Gesellschafts- und Staatsrechts stehen, aber abfällig über den vom Papst für die katholischen Priester vorgeschriebenen Antimodernisteneid urteilen, möchte ich folgenden Vergleich vorführen: Tatsache ist leider, daß unter den Reichs- und Staatsbeamten nicht wenige überzeugte Anhänger der Sozialdemokratie sind. Wenn nun der König von Preußen und die anderen Bundesfürsten, sowie der deutsche Kaiser, von dem Willen befehl, die Anhänger der revolutionären Partei aus dem Beamtenstande auszumergen, selbstverständlich unter Gegenzeichnung des Ministeriums, beziehungsweise des Reichskanzlers, die Vorchrift erließen, es sollten sämtliche Beamte eidlich erklären, ob sie der sozialdemokratischen Partei angehörten oder nicht, würde eine solche Anordnung von den monarchisch Gesinnten, einerlei welcher bürgerlichen Partei sie angehörten, für eine Gewissensbedrückung empfunden werden? Gewiß nicht, meine ich. Denn enthält nicht vielmehr die Zugehörigkeit eines deutschen, preussischen Beamten zu einer revolutionären Partei einen Widerspruch, eine Unmöglichkeit in sich? Die Verechtigung des Staatsoberhauptes bzw. des Kaisers zu der erwähnten Anordnung folgt aus Art. 18 d. V. d. R. u. § 3 d. V. d. R. II, 10. Westfälisch also das Gebot über den Antimodernisteneid, dessen Fassung hier unerörtert bleibt?

Als eine ungewollte Satire auf den Antimodernisteneid wäre der Einfall des kirchlichen Blattes nicht überflüssig. Allein die ihr geinnungsverwandte evangelische „Post“ nimmt den Vergleich ernst und empfiehlt ihn zur Durchführung:

Wir halten den Vergleich in der Haupt Sache für guttreffend und den darin enthaltenen Vorschlag eines Antimodernisteneides der Staatsbeamten für sehr beachtenswert. Wir hoffen, daß der Staat zu einer solchen Forderung an seine Diener heute noch die Kraft in sich fühlt.

Als auch ein Wahnsinn, hat es doch Methode! Im übrigen haben wir nichts dagegen, wenn der Staat durch Gefinnungsrechnung die Empörung aller Abhängigen noch mehr aufweicht.

Spiritusstatistik.

Es sieht immer noch trübe aus am Schnapsbimmel. Wenn auch der Alkoholverbrauch zu Trinkzwecken dieses Jahr etwas stärker ist als im Vorjahr, darüber täuschen sich die eingeweihten Kreise nicht mehr, die früheren Höhen wird er nicht wieder erreichen. Die im vergangenen Jahre noch nachwirkende Vorratsvermehrung ist jetzt ausgeglichen, die erste Hälfte des statistischen Spiritusjahres 1910/11 zeigt durchaus die normalen Verhältnisse. Und wir Arbeiter können schließlich zufrieden damit sein, soweit unsere Wünsche nicht noch weiter gehen, und die völlige Vernichtung der Schnapsliebhaberei herbeiführen.

Für die erste Hälfte des Jahres 1910/11, also Oktober bis inkl. März, stellt sich die Produktion, der Trinkverbrauch und der gewerbliche Konsum wie folgt:

Table with 4 columns: Erstes Halbjahr, Erzeugung, Trinkverbrauch, gewerblicher Verbrauch. Rows for years 1910/1911, 1909/1910, 1908/1909, 1907/1908.

Vergleicht man die erste Hälfte des Jahres 1910/11 mit der des Jahres 1907/08 — damals bestand noch keine „Störung“ der Schnapsproduktion — so ergibt sich ein Rückgang in der Produktion von rund 415.000 Hektoliter reinem Alkohol. Gegen das Vorjahr sind es diesmal bis jetzt halb 147.000 Hektoliter weniger an Produktion. Der Trinkverbrauch hat von 1907/08 bis 1910/11 — die Halbjahre in Vergleich gesetzt — um 212.724 Hektoliter abgenommen! Wird beachtet, daß der fertige Schnaps noch keine fünfzig Prozent Alkohol enthält, so ergibt sich die statliche Summe von rund zweieinviertzig und einer halben Million Liter

Schnaps, die in den sechs Monaten 1910/11 weniger in den Konsum übergingen, als in derselben Zeit des Jahres 1907/08. Sicher ein gewaltiger Fortschritt, der nicht zum wenigsten auf die Arbeit der Sozialdemokratie zu legen ist. Und für die Schnapsinteressenten ist es ein gründliches Defizit. Wie wäre es mit einem Orden für alle die, welche im Jahre mindestens einen Hektoliter Schnaps trinken?

Für den denkenden Arbeiter sind die Zahlen wieder ein Insporn, in der tatkräftigen Boykottierung des Fusels nicht nachzulassen!

Delbrück als Opferlamm? Wie die „V. Z.“ am Mittag“ von „wohlinformierter Seite“ erfahren haben will, würde bei einem Scheitern der elsäß-lothringischen Verfassung der Staatssekretär Delbrück die Kündigung erhalten.

Als man leinerzeit schreibt das genannte Blatt, die Arbeiten der Reichstagskommission zum Stillstand brachte, um dem Bundesrat sofort zu den Beschlüssen Stellung nehmen zu lassen, nach denen das Reichsländ ein voll berechtigter Bundesstaat werden sollte, da mußte man ganz genau, daß der noch nicht durchberatenen Teil der Vorlage in den Bestimmungen über das Wahlrecht, in der Wahlkreis-einteilung und in der Zusammenfassung der ersten Kammer drei weitere konfliktreichere Probleme barg, deren Lösung unendliche Mühe bereiten würde. Wie sehr viel einfacher und zweckmäßiger wäre es deshalb gewesen, die Beschlüsse zunächst einmal völlig ungerührt zur Kenntnis zu nehmen und erst eine Verständigung über den Rest des Entwurfs anzubahnen, um dann die Bundesratsstimmen als gewichtige Kompromissaabe für das Zustandekommen des gesamten Gesetzes in die Waagschale zu werfen! Diese nüchterne und eigentlich lebensverständliche Zurückhaltung war auch beabsichtigt. Daß sie schließlich nicht geübt wurde, ist dem Optimismus des Staatssekretärs zuzuschreiben.

Dem Reichskanzler hat Delbrück, heißt es weiter, diese Auffassung so überzeugend vorzutragen gesucht, daß er dessen Einwilligung zu dem tatsächlich beobachteten Verfahren erhielt. Deshalb dürfte nach den angebliehen Informationen die Stellung des Kanzlers durch das Scheitern der Vorlage kaum irgendwie erschüttert sein. Die Konsequenzen einer unerquicklichen und schließlich unhaltbaren Situation wird derjenige ziehen müssen, der sie geschaffen hat. In der Rolle, die Bethmann-Hollweg als Staatssekretär und Reichskanzler bisher gespielt hat, könnten solche Absichten sehr gut passen. Delbrück würde zur Sühne den ergrüntem ostelbischen Herren gepfeift, der Reichskanzler erhielt die Erlaubnis ihnen weiter zu dienen. Als Nachfolger Delbrücks wird in den Mitteilungen von „wohlinformierter Seite“ Herr v. Schorlemer genannt.

In byzantinischen Verrennungen dient der Rücktritt des amerikanischen Botschafters Hill der kirchlichen Presse. Herr Hill, der vor etwa 8 Wochen Berlin verlassen hat, hielt an der Columbia-Universität in New York eine Reihe von Vorträgen über Staatsrecht, in denen er u. a. nach Referenzen amerikanischer Blätter auch betonte, daß das Gottesgnadentum der Fürsten in der Gegenwart aufgehört habe, zu bestehen. Von irgend einer Seite war die Nachricht gebracht worden, daß die gewiß nicht überzählende Auffassung Hills über das Gottesgnadentum am Berliner Hofe verstimmt haben soll, die amerikanische Regierung hätte dieser Verstimmung Rechnung getragen und ihrem Botschafter nahegelegt, seinen Berliner Posten aufzugeben. Während die „Reuzzeitung“ selbst diese anläßliche Geschichte als Unsinn bezeichnet und dazu bemerkt, daß es ganz gleichgültig sei, was Hill etwa über das Gottesgnadentum denken oder sagen sollte, erklärt die „Germania“, die Behauptung, daß das Gottesgnadentum der Fürsten keine Geltung mehr habe, „müßte allerdings einen Botschafter an einem Fürstentum, dessen Monarchie sich noch vor wenigen Monaten ausdrücklich zum Königreich von Gottes Gnade bekannt hat, unmöglich machen.“ Diese blöde und ekle Verbeugung vor dem Absolutismus kennzeichnet die nach der Beseitigung Hillows aufgenommene Politik des Zentrums. Hätte das Berliner Zentrumorgan übrigens den Mut der Konsequenz, so müßte es

von der Regierung verlangen, den Anstoß zum Rücktritt der Vertreter aller Mächte in Berlin zu geben, denn es wird sich keiner unter ihnen finden, der nach an das Märchen des Gottesgnadentums auch nur im Traume glaubt.

Die Reichsverteidigungskommission. Von einem Reichstagsabgeordneten wird dem „V. Z.“ geschrieben: Die Reichsverteidigungskommission muß auch während der Osterferien arbeiten. Der schriftliche Bericht über die einjährigen Arbeiten der Kommission muß bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages fertiggestellt werden. Mittwoch, den 26. April, treten die Kommissionsmitglieder zur Feststellung der Gesamtberichte wieder zusammen. Es sind vorläufig drei Sitzungstage für diese Arbeit in Aussicht genommen, damit die Drucklegung und Verteilung der Berichte noch rechtzeitig vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages erledigt werden können. (Siehe unseren heutigen Leitartikel.)

Kriegervereine und Jugendbewegung. Das amtliche Organ des deutschen Kriegerbundes, die „Parole“, bringt einen fulminanten Aufruf, in dem die Kriegervereine zum Schutze gegen arbeitsfähige Bestrebungen mobil gemacht werden. Die größte Gefahr wird in der freien Jugendbewegung erblickt, die den jungen Leuten schon vor dem Diensttritt die Lust am Soldatenleben verleiden und sie mit Mißtrauen gegen die gesamten Heereseinrichtungen und die zukünftigen Vorgesetzten erfüllen will.

Verschiedene Kriegervereine haben deshalb schon besondere Jugendvereine gegründet, die im Zusammenwirken mit anderen staatsstreuen Vereinen die Jugend vor der Ausflucht bewahren sollen. An die Offiziere des Beurlobensstandes wird bei dieser Gelegenheit erneut die Mahnung gerichtet, ihre Kraft in dem Dienst dieses Landsturms der finsternen Reaktion zu stellen. Diese immer wiederkehrenden Aufforderungen lassen den Schluss zu, daß die Bestrebungen der Heeresverwaltung auf diesem Gebiete nur recht magere Erfolge gezeitigt haben.

Das Sinnen und Trachten der Augsmeier. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wollen zuverlässig erfahren haben, daß in einflussreichen Regierungskreisen, denen sich die Führer des Zentrums und der Konservativen anschließen, der Wunsch laut wird, dem Reichstage noch den Entwurf des Gesetzes über 1912 vorzulegen. Die „N. N.“ bemerken, daß dieser Plan von Regierungs- und Reichstagskreisen sehr lebhaft erörtert werde. Eine andere Frage, so merkt das Blatt selber, sei es, ob dieser Plan an der entscheidenden Stelle durchbringen und ob der Reichskanzler sich in diesem Sinne schlußfassen werde. — Die Persönlichkeiten möchten den hantschwärzen Reichstag noch bis zu die ewige Seligkeit hindürrichten.

Der Protest der Loschändler. Der Verband deutscher Loschändler hat sich auf einer in Düsseldorf stattgefundenen Tagung mit dem Gedanken über den Verzicht auf den Loschandel beschäftigt. Die Verjammung gab der Verjammung Ausdruck, daß mit diesem Verzicht der ganze Loschandel getrotzt werden könnte und faste schließlich ihre Bestrebungen in einen Vorteil zusammen, der dem preussischen Abgeordnetenhaus übermitteln werden wird.

Zur elsäß-lothringischen Verfassungsfrage. In der vom Unterstaatssekretär Mandel ausgegebenen Wahlkreisverteilung schreibt die ultramontane „Lothr. Volkstimme“:

Nach der Mandel'schen Wahlkreisverteilung würden von den 20 Mandaten in Lothringen 8 auf das Zentrum fallen, obgleich 40,7 Prozent der bei den letzten Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen dem Zentrum gehörten. Daß man jetzt in Berlin ohne die Regierung von Straßburg eine gerechtere Wahlkreisverteilung aufstellt, ist eine Blamage für Herrn Staatssekretär v. Dulac und Herrn Mandel, wie sie nicht größer sein kann. Sie haben sie verdient, und wir können ihnen dieselbe.

Die „Germania“ begleitet diese Auslassungen mit zustimmenden Bemerkungen und gibt damit zu erkennen, daß das Zentrum die Wahlkreisverteilung lediglich unter dem Gesichtswinkel des eigenen Parteiinteresses betrachtet.

Ausland.

Friedensansichten in Mexiko?

Die Antwort der mexikanischen Regierung auf die Ruffen-Stillstandsvoor schläge enthält einige Bedingungen von geringerer Bedeutung, gegen die von revolutionärer Seite keine Einwendungen erhoben werden. Man nimmt an, daß keine Zeit verloren wird, um sich über die Bedingungen für den Abschluß eines dauernden Friedens zu einigen. Es geht das Gerücht, die Revolutionäre stellen als Bedingung: Rücktritt des Präsidenten Diaz, sofortige Abänderung der Wahlgesetze und Ernennung de la Carras zum provisorischen Präsidenten bis zur Entscheidung der vorzunehmenden Wahlen.

Von den Geschehen um Agua Prieta wird noch berichtet: Das Gescheh bei Agua Prieta entspringt dem Verjuche der Regierungstruppen oder Föderalisten, die Ja

Der Sohn.

Erzählung von den Stockholmer Schären von Gustav Janzon.

(Nachdruck verboten.)

„Siehst Du“, begann Baldemar eines Sonntags im Frühjahre, als er neben dem Vater am Strande stand und über die Rucht hinausblinnete.

„Bemalender zuckte mit einem süßen, vieldeutigen Lächeln die Achseln.“

„Aber es geht ja“, sagte der Sohn heftig hinzu.

„Na, was hast Du denn getan?“ fragte der Ältere mit spöttischem Grinsen.

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

„Guten?“

gegenüber, und eine inständige Furcht machte ihn, sich des Rets vom Strande zu halten.

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

„Bemalender schaute ihn von der Seite an, dann sagte er

schloß und ging hastig, um mit ihnen zu plaudern. Schlichter

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

„Schlichter“

urgenten aus ihren Stellungen in der Ortschaft zu verreiben und gleichzeitig durch ein Umgebungsmandat der Stadt und hart an der nordamerikanischen Grenze, welche den Zweck haben, die Verbindung der Insurgenten mit Douglass offen zu halten, zu nehmen. Die Föderalisten begannen kurz vor Tagesanbruch den Angriff. Sie rückten vom Südosten gegen Front und Flanke der Stadt vor und suchten sie auch im Rücken zu fassen. Ihr Führer war Raynaldo Diaz, der Sohn des Präsidenten. Die Insurgenten, von denen ganze Abteilungen, sachten unter Garcia und Medina. Auch ein Engländer namens Willis wird als Abteilungscommandant der Insurgenten genannt. — Inzwischen haben telegraphischer Meldung zufolge die Insurgenten Agua Prieta geräumt.

Verschärfung der englischen Fremdenetze. Infolge der Vorlesung im Londoner Soundsbüch-Werks legte der Minister des Innern, Churchill, am Dienstag dem Unterwahrung ausländischer Verbrecher und betreffend die Verhütung der Verführung von Verbrechern durch Ausländer. Der Minister hob hervor, daß in vielen Fällen Fremde, die eines Verbrechens überführt wurden, von dem Gericht, das sie abgeurteilt hatte, nicht zur Ausweisung gemeldet worden seien. In dem Gesetz werde u. a. vorgesehen, daß Gerichte, die in solchen Fällen die Ausweisung nicht beantragt haben, aufgeföhrt werden sollen, die Gründe anzugeben, aus denen sie diesen Teil des bestehenden Gesetzes nicht haben in Kraft treten lassen. Gegenwärtig würden Fremde, die nach der Ausweisung zurückkehren, das erste Mal mit drei Monaten und im Wiederholungsfall mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Das Gesetz schlage vor, daß diese Strafe auf ein bezw. zwei Jahre Gefängnis erhöht werde. Churchill betonte dann weiter, England müsse jede Verschärfung des Asylrechts vermeiden, das es so lange lernen gewöhrt habe, die Zulassung von Unterdrückung und Verfolgung im Ausland. England müsse jede Verurteilung der fremd- und ausländischen Bevölkerung vermeiden, insbesondere der jüdischen, die sich in überwiegender Weise aus freiesiedelnden und die Gesetze achtenden Elementen zusammensetze; diese Leute hätten sicherlich durch ihr Betragen keinen Anlaß zu solchen Maßnahmen gegeben, die sie benutzten und ihnen Unannehmlichkeiten bereiten würden. Um Verbrechern zu verhüten, müsse er sich Vollmacht erbitten, in gewissen Fällen in England geföhrt werden, ohne ein Verbrechen zu begehen, würden von der Bestellung solcher Bürgschaften befreit sein. Die Regierung habe hier Leute im Auge, die aus Ländern kommen, wo Mord und Totschlag an der Tagesordnung seien, wo jeder Polizeibeamte als Feind und jede staatliche Einrichtung als Tyrannie betrachtet werde. Um das englische Volk vor dieser Klasse von Menschen zu schützen, schlage die Regierung vor, die Gerichte zu ermächtigen, unter gewissen Umständen Bürgschaften für eine gute Führung zu verlangen, auch wenn von dem Betreffenden kein Verbrechen begangen worden sei. In Ermangelung solcher Bürgschaften oder eines hinreichenden Aufwands in England, und wenn auf dem ersten Bild erwiesen sei, daß der Betreffende mit Verbrechern verkehrt habe, müsse die Regierung wie die aller anderen Nationen in der Lage sein, den Mann auszuweisen. Die Bürgschaften würden nicht verlangt werden von Leuten, die bona fide ein Opfer ihrer religiösen oder politischen Anschauung geworden seien. Ferner habe die Regierung eine Bestimmung vorgeschlagen, nach welcher Fremde für das Tragen von Schutzkleidern einer besonderen polizeilichen Erlaubnis bedürften.

Refordziffern der englischen Einwanderung in Kanada. Der Chef des Einwandererwesens in Kanada, Mr. Scott, hat festgestellt, daß die Einwanderung von Engländern in diesem Jahre die höchste Zahl seit Bestehen der Kolonie aufweisen wird. Mehr als 176.000 Engländer haben ihr Vaterland verlassen und haben sich in Kanada angesiedelt, das sind 50 Prozent mehr als im Vorjahre. Um diesen Ansturm bewältigen zu können, mußte der Einwanderertransport über die Häfen von New York und Boston nach Kanada geleitet werden.

Erregung gegen die Mormonen. In England ist die Erregung gegen die Mormonen immer noch groß und in ständigem Wachsen begriffen. In Birkenhead stellte eine auf das änderste aufgebrachte Volksmenge den beiden dortigen Mormonenpredigern, gegen die die But der Volksmenge sich hauptsächlich richtet, ein Ultimatum, innerhalb acht Tagen die Stadt zu verlassen. Kurzlich Abend fand in Birkenhead eine Protestversammlung statt, in der die von der Bevölkerung einschlagende Haltung gegen die Mormonen zur Sprache kam. Nach der Verlesung von die aufgebrachte Menge vor das Mormonenquartier und schleuderte Steine gegen das Haus. Die Polizei mußte einschreiten. Es entspann sich ein derartiges Handgemenge, daß die Polizei, aufs ärgste bedrängt, von ihren Knüppeln Gebrauch machte.

Schritte der Arbeiterbewegung in Spanien. Nach dem Bericht des allgemeinen Arbeiterverbandes waren angeschlossene Organisationen vorhanden:

Zeitraum	Bezirke	Mitglieder
März 1906	274	36.557
April 1907	246	32.405
März 1908	240	32.612
März 1909	301	43.478
Juni 1910	203	40.984
März 1911	328	77.749

Die mächtige Zunahme des letzten Jahres entfällt zum größten Teil auf den Anstieg der Eisenbahner, deren Organisation 31.100 Mitglieder zählt. Abgesehen von ihnen, bleibt noch eine Zunahme von 6665. Die Organisation der Bergarbeiter, die im Vorjahr zwölf Bezirke mit 464 Mitgliedern zählte, ist auf achtzehn Bezirke und 7479 Mitglieder gestiegen. Der Verband der Arbeiter, der sich wegen einer unwesentlichen Streikfrage von dem allgemeinen Verbande losgelöst hatte, wird sich voranzutreiben wieder anschließen. Er zählt etwa 7000 Mitglieder.

Wahlliche wurden bei mehreren Provinzratswahlen erfochten. In Madrid wurde unter Genosse Caballero mit der höchsten Stimmzahl gewählt, außer ihm noch ein mit der Partei verbündeter Republikaner, während die Republikaner des rechten Flügels und der korrupten Lerroux-Richtung unterlagen. In Bilbao siegen ein Sozialist und zwei Republikaner mit 2000 Stimmen Mehrheit über die Regierungskandidaten. In Barcelona verlor die Lerroux-Partei rund 200 Stimmen ein Viertel ihrer Stimmzahl von 1910.

Bur Sage in Maroffa. Der französische Konsul in Maroffa teilte mit, als er der Regierung die Bitte Muley Hafid's bezüglich der Harta des Schajagebiets übermittelte, daß dies seit dem 13. April von den Uleed Zennuns, die abgefallen sind, belegt wird.

Der Dalai Lama will nach China zurückkehren. Die „Agence d'Extreme Orient“ meldet: Der Dalai Lama hat an den Chinesischen Regenten einen Brief geschickt; er bittet darin, den Gerüchten keinen Glauben zu schenken, wonach er geheime Abmachungen mit den Russen und den Engländern getroffen haben soll. Er verlange danach, nach China zurückzukehren, um sich dort in dem Kloster U-Tai-San niederzulassen, wo er sich vor drei Jahren auf seiner Reise von Tibet aufgehalten habe. In diesem, auf einem heiligen Berge gelegenen Kloster will er seine Zeit damit zubringen, fern von aller Politik, sich allein dem Studium der heiligen buddhistischen Schriften zu widmen.

Aus Oberschlesien.

Aus den Berichten der Bergbehörden. Als vor einigen Wochen die gedruckten Berichte der Bergwerke- und Bergämter für 1910 erschienen, da sah es so aus, als ob die Oberschlesien für die Arbeiter das reine Paradies ganze Wälder hinterher, sie konnten auf Grund der Berichte die Unternehmer nicht genug loben. Und in der Tat, es muß zugegeben werden, daß alles, was dort berichtet wurde, in den Berichten steht. Von Unterföhungsstellen, Sparröhren, die 7-8 Prozent Zinsen zahlen, Freilongierern, Parkanlagen, billigen Kartoffeln usw. wird ja berichtet, und von der Kapitalienpresse getreu weiter berichtet.

Die eigentlichen Berichte, die in sehr knapper Form gehalten sind, und die dennoch manche Anklage enthalten, hat die „Kattowitzer Zeitung“ übersetzt, weil sie ihr nicht passen. Da aber gerade dieser Teil für die Arbeiter viel interessanter ist, so wollen wir ihn uns gerade ansehen. Bergmeister Dahms vom Bergrevier „Nord-Schlesien“, dem die Castellengs-, Donnerstags-, Concordia-, Michael-, Lehwitz-, und Lubowitzgrube I-Gruben unterstehen, stellt in seinem Bericht fest, daß die Belegschaft von 12.390 auf 12.229 zurückgegangen ist. Die Schlepper haben zwischen 59 bis 78 Prozent der Belegschaft geliebt und die Arbeitsstelle gewechselt. Dasselbe Kategorie hat auch zwischen 1,2 bis 23 Prozent Kontraktbruch verübt, wofür 1000 Mark Strafen an die Unterföhungsstellen abgeführt werden konnten. Das Straffsystem lenke nur in wenigen Fällen Verlegung in eine andere Arbeitsstelle, meist seien Geldstrafen verhängt worden. Wegen unentschiedenen Ausbleibens, vorzeitigen Schichtmachens sowie Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften sind 12.650 Mark Strafen, also mehr als eine Mark pro Kopf der Belegschaft, verhängt worden. Recht interessant ist, daß auf diesen Gruben früher nur 37 Arbeiterauschüßmitglieder vorhanden waren, da nach dem Gesetz aber 62 Sicherheitsmänner notwendig sind, so hat man diese auch alle als Ausschüßmitglieder (Warum wohl? D. B.) bestimmt.

Auf Schweißgruben haben die Schlepper wegen Einführung der Dreifüßbohrämmer zwei Tage gestreikt, dann aber die Arbeit bedingungslos aufgenommen.

Zum Berggewerbegeheimt die Arbeiter gar kein Vertrauen zu haben, denn bei den Lohnbewegungen (Mildten) hat man das Gericht nicht angerufen; auch sind nur 20 Klagen anhängig gemacht worden, davon in 5 Fällen mit Erfolg. Der Bericht konstatiert, daß neben den 73 Arbeitsteilungen und 618 Arbeiterstellen auch der „sozialdemokratische“ Bergarbeiterverband und die Berufsvereinigungen Eingang gefunden hätten.

Die Zahl der Arbeiterinnen ist, obgleich die Gesamtbelegschaft gesunken, von 470 auf 511 gestiegen. Kinder werden auf diesen Gruben nicht beschäftigt. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist von 614 auf 584 zurückgegangen. Der Unfall ist 1266 Personen, davon 26 tödlich. Also jeder zehnte Arbeiter ist verunglückt. Der Bericht betont, daß diese Unglücksfälle auf die Einstellung weniger geübter Leute (Galizier, Ruthenen, Polen usw. D. B.) zurückzuführen ist.

Der Durchschnittslohn liegt von 3,67 Mark im Jahre 1909 auf 3,70 Mark im Jahre 1910. Aber, so heißt es im Bericht, es waren zahlreiche Feherschichten notwendig. Im Durchschnitt 47, auf der Concordia- und Michaelgrube sogar 88 Feherschichten. Zieht man nun nach die zahlreichen katholischen Feiertage ab, so dürften nur etwa 200 Feiertage zu rechnen sein. Ein Beweis, in was für traurigen Verhältnissen die Arbeiter leben.

Ferner wird die Errichtung von 1218 ein- und zweizimmerigen Werkwohnungen besprochen, wo die Mieten zwischen 4 bis 12 Mark pro Monat schwanken. Diese Werkwohnungen wie die sechs Schlafhäuser mit 1680 Betten in Stummern mit 6 bis 21 Betten, die so das ganze menschliche Elend darstellen, haben anscheinend einen großen Einfluß auf die 12 Prozent Dividende, die die Bergkonsumente gezahlt haben. Mit der Besprechung der Fortbildungsschulen, der Hilfeleistung bei Unglücksfällen und sonstigen Betrachtungen schließt der recht interessante Bericht, nachdem den Verwaltungen das oben angeführte Lob gespendet ist.

Obgleich die Arbeiter der Gruben den Bericht recht unverständlich finden und der Meinung sind, daß der Aufsichtsbearbeiter die Verhältnisse wenig oder gar nicht kennt, so enthält der Bericht doch manche schwere Anklage, die den Magnaten und der „Kattowitzer Zeitung“ noch lange in die Ohren klingen wird.

Da aber auch die übrigen Bergämter noch manches Interessante zu sagen haben, so sollen sie alle hier zu Wort kommen.

Oppeln, 19. April. Selbsthilfe als Radikalmittel gegen Zigeuner. In der letzten Kreislagung nahm der Landrat des Kreises Oppeln Gelegenheit, die Selbsthilfe gegen Zigeuner als Radikalmittel besonders zu betonen. Die 14 bis 16 Gendarmen des Kreises seien nicht mehr in der Lage, das Zigeunerwesen Herr zu werden. Er bitte die einzelnen Ortschaften, zur Selbsthilfe zu greifen und eventuell beim Erscheinen von Zigeunern die Sturmglöcke zu läuten und sie gemeinsam zu vertreiben. Nur auf diesem Wege könne sichere Abhilfe geschaffen werden. Die Erfahrung lehrt, daß überall da, wo dieses Radikalmittel einmal angewandt worden ist, die Ortschaften vom dem fahrenden Volke befreit bleiben. Nach dem Rezept des Landrats werden also die Zigeuner für Freiwild erklärt.

Oppeln, 20. April. Automobil-Unfall. Am 2. Osterfeiertage wurde auf der Chauffee von Oppeln nach Czarnowanz bei dem Bahnhof Czarnowanz von dem Automobil der Brauerei von Koniehl ein 18jähriges Mädchen, das Kind eines Domalarbeiters, überfahren und schwer verletzt. Ihm runden beide Beine und ein Arm gebrochen. Angeblich soll das Mädchen selbst in das ruhig fahrende Fahrzeug hineingekommen sein.

Neustadt O.S., 20. April. Streikbrecher sind die Lieblinge der Polizei. Dieses tritt auch bei der Ausföhderung der Reichsfaschen Lederfabrik deutlich zutage. Eine Anzahl Streikbrecher sind Deftreicher und die Polizei ist um deren Wahl so besorgt, daß sie dieselben nach Arbeitschluß über die Grenze begleitet. Auch soll der Bürgermeister des österröschischen Städtchens Wobdorf von Herrn Beschla um eine neue Sendung dieser nützlichen Elemente angegangen worden sein. Auf die Streikenden hat dies alles keine Wirkung; sie stehen nach wie vor mutig im Kampfe.

Neustadt O.S., 20. April. Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, am Abend des 1. Mai eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Die eigentliche Maifeier soll am darauffolgenden Sonntag begangen werden. Die mangelhafte Berichterstattung der Kartellbeschlüsse der einzelnen Delegierten in ihren Monatsversammlungen wurde gerügt. Für die Abhilfe dieses Uebelstandes haben die betreffenden Vorstände zu sorgen. Am Sonntag, den 23. April, Vormittags 11 Uhr, findet eine öffentliche Protestversammlung gegen die Durchföhderung der Reichsversicherungsreform statt. Die Kartelldelegierten werden darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Erscheinen in jeder Sitzung notwendig ist.

Beuthen, 20. April. Die Eskapieren der Schweizer Berge. Ueber dieses Thema wird Genosse Oly Oltmans vom „Touristenverein der Naturfreunde“ in allen oberöschischen Städten Lichtbildervorträge halten, und zwar in: Zabrze, am Dienstag, den 25. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn B. Freund, Königsstraße, am Mittwoch, den 26. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Hotel zur Königsstraße, Kattowitz, am Sonnabend, den 29. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Saale der Reichshalle. Für Beuthen, Zabrze, Ratibor usw. erfolgt die Bekanntmachung später. Den Arbeitern und Parteifreunden wird der Besuch dieser Vorträge empfohlen, umso mehr da der Eintrittspreis nur 20 Pfennig beträgt, und ein eventuelles Ueberhoh zu Bildungszwecken verwandt wird. Eintrittskarten sind bei allen Gewerkschafts- und Parteiföhungen zu haben.

Beuthen O.S., 20. April. Das Konto der oberöschischen Räuberbande. Nach den bisherigen Ergebnissen der mit großem Eifer betriebenen Ermittlungen haben in der in Kattowitz bei Beuthen nach heftigem Kampfe von Volkseigenen erschossene Rowoll und seine Komplizen nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Rußland und Oesterreich schwere Verbrechen verübt, u. a. dürfte auch der Raubmord an dem Pfarrer in Dziedich auf das Konto der Bande zu setzen sein. Die Kattowitzer Polizeibeamten erhalten fortgesetzt von angebliehen Freunden des erschossenen Rowoll Briefe, worin ihnen mit Ermordung gedroht wird.

Kattowitz, 20. April. Teures Spielzeug. Ein vierjähriger Knabe nahm seiner auf der Fabrikstraße wohnenden Mutter in einem unbewachten Augenblick aus dem auf dem Tische liegenden Portemonnaie ein Zehnmark- und ein Pfennigstück und ging damit auf den Hof, um zu spielen. Hierbei wurde ihm das Zehnmarkstück von größeren Kindern „abgeknöpft“. Die inzulativen Mitspieler haben sich aber nicht lange ihres Gewinnes erfreut.

Wiesitz, 20. April. Preussische Kultur. Mittwoch früh 5 1/2 Uhr wurde auf dem Hofe des hiesigen Landgerichtsgefängnisses der Bahnarbeiter Kempe, der wegen Ermordung seines Arbeitskollegen, des Weichensellers Wallas in Sohnia, zum Tode verurteilt worden war, durch den Schasrichter Schwibke aus Breslau hingerichtet. Kempe hatte dem Wallas die Hände auf dem Rücken zusammengebunden und ihm die Kehle durchschnitten.

Lipine, 20. April. Ausschreitung von Galizern. Zu wissen Ausschreitungen kam es am zweiten Osterfeiertage unter den im Schlafhause 2 zu Lipine untergebrachten ausländischen Arbeitern. Schlafhausverwalter Bräuer, der die Ruhe wiederherstellen wollte, erhielt von dem noch jugendlichen Galizier Reba mehrere Messerschläge. Der Messerschläger wurde am Dienstag dem Beuthener Gerichtsfängnis zugeführt.

Larnowitz, 20. April. Die Sicherheit in Oberschlesien. In der Nacht vom 13. zum 14. d. M. begab sich der Maschinenhilfe Johann Majur von hier nach seiner in Dugohütte liegenden Wohnung. Auf dem Wege hinter den halben Häusern wurde er von zwei Personen angehalten, während eine dritte ihm ein Messer vor die Augen hielt und Geld verlangte. Hierbei wurde ihm eine Taschenuhr im Werte von 50 Mk. sowie 20 Mk. aus der Tasche entnommen. Die Taschenuhr wurde am nächsten Tage in der Nähe der Majur'schen Wohnung aufgefunden.

Wiesitz, 20. April. Sturz eines Kindes aus dem Fenster. Ein trauriges Osterfest hatte die Familie des Bierkutschers Dombozol von hier. Am 2. Feiertage Vormittags gegen 10 Uhr, hatte das jüngste 1 1/2 jährige Kind der Familie das Fensterbrett erkliegen und war plötzlich aus der im 2. Stock liegenden Wohnung auf das Straßenpflaster gestürzt, es hatte sich die Schädeldecke eingeschlagen und war sofort tot.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur b. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. R. B. Brieg. Rein!

Verantwortlicher Redakteur: Reichhold Carl. — Redaktion und Anstalt: Am Grunpferste 7. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Th. Schö. G. u. K. P. — sämtlich in Breslau. — 3. Blatt.

Aus der Geschäftswelt.

Die gefährlichste Zeit des Säuglingsalters ist die Periode der Zahnung und Entwöhnung, weil in diesem Alter die Durchfälle am häufigsten auftreten. Den besten Schutz bietet eine rationelle Ernährung mit „Rufete“ und Milch, wodurch die Verdauung gefördert und geregelt wird.

MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. für 1/4-1/3 Liter

geben, nur mit kochendem Wasser übergossen, sofort beste, kräftige Fleischbrühe

Nur echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke (Kreuzstern)!

zu Fleischbrüh-Suppen, zu Gemüsen, zu Bouillon mit Ei, Fleischgerichten, Saucen, klarer Bouillon usw.

1757

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. April.

Geschichtskalender.

21. April.

1889 Der „Sozialdemokrat“ wird aus der Schweiz ausgewiesen.

An die Frauen und Mädchen des Sozialdemokratischen Vereins

richten wir die bringende Bitte, ihren dritten Frauenabend am Mittwoch recht zahlreich zu besuchen. Die Agitation für guten Besuch muß bereits jetzt kräftig betrieben werden.

Die Versammlungen werden in folgenden Lokalen abgehalten:

- Milbes Festsäle, Gräbnerstraße 74.
- „Schweizerhof“, Schweizerstraße 28.
- „Schwarzer Adler“, Bismarckstraße 21.
- Piewald, Michaelstraße 26.
- „Schwarzer Paul“, Paulstraße 42.
- „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 5.
- „Wilhelmsburg“, Neudorfstraße 31.
- „Für auf der Orgel“, Kupferstraße 39.
- „Merzale“, Popelwitzstraße 36.

Referenten sind die Genossinnen: Frau Behrens, Frau Fuhrmann und Frau Sawatsch und die Genossen: Darf, Göbe, F. H. Müller, Neufirch, Philipp und Schiller.

Auf, zum Prolet!

Große Gefahren drohen allen Arbeitern, Handwerkern und Angestellten, wenn die Reichs-Verkehrsordnung so beschleunigt wird, wie sie von der Reichstagskommission beschlossen worden ist. Dann sind die Verhältnisse in den Krankenkassen rechtlos und untertänigen den Aufsichtsbehörden, die zu bestimmen haben, wer Vorstehender einer Kasse und wer Rentant sein soll. Außerdem bleibt die Unfallversicherung so mangelhaft wie bisher, und die hohen Renten der Invalidenversicherung, die nicht hin- und nicht herreichen, sollen auch nicht erhöht werden. Was man in dem großen Gesetzentwurf Witmen und Wattenvericherung nennt, bringt Renten, die zum Teil niedriger sind, als die Armen-Unterstützung, die von den Gemeinden gezahlt wird.

Es ist also dringend nötig, daß sich alle, die in harter Fron ihr Brot verdienen müssen, kräftig zur Wehr setzen und laut und vernehmlich bekunden, daß sie mit diesem sozialpolitischen Nachwerk nicht zufrieden sind. Noch ist es Zeit, gegen die Händarbeit der schwarz-blauen Gesellschaft zu Felde zu ziehen. Darum auf, in die

Vier Protest-Versammlungen

am Sonntag Vormittag! Wer nicht haben will, daß das arbeitende Volk mit immer neuen Steuern belastet, dazu entrichtet und mit Bettelbroden abgefunden wird, der gehe in eine dieser Versammlungen, um mit seinen Klassenossen dagegen zu protestieren.

Arme Schulkinder.

Der Zusammenhang zwischen sozialem Elend der Eltern und schwacher „Begabung“ der Kinder wird durch jede neue Untersuchung klarer erkannt. Das schlecht ernährte, schlecht wohnende Kind ist immer ermüdet. Diese Ermüdung erscheint dann fälschlich als mindere Begabung. Der würtembergische Schularzt Baum veröffentlicht im „Internationalen Archiv für Schulhygiene“ Untersuchungen über die

„Hygiene geistiger Arbeit der Schüler und Lehrer“, die jenen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und „Begabung“ wieder bestätigen.

Vor allem bedarf das Kind langen Schlafes. Je gründlicher der Schlaf, desto besser die Schulleistungen. Der größte Feind eines guten Schlafes und damit der Erholung ist die Phantasie. So anregend sie, in mäßigen Dosen genossen, ist, so verderblich wirkt sie im Uebermaß. Die Schaulergeschichten in der heutigen Schundliteratur, in den Kinematographen und Theatern rauben dem Kinde den gesunden Schlaf. Auch die Sonntagserholung ist vielfach höchst unweidmässig: Wirtschaftsbefuch, Alkohol. Vor allem aber wirken die häuslichen Verhältnisse: „Kinder, die in guten Lebensbedingungen aufgewachsen sind und von der Schule in solchen erhalten werden, vermögen viel mehr zu leisten als andere, die unterernährt sind und die Wohlthaten einer Schulhygiene auch nicht kennen gelernt haben. Des Hauses üble soziale Verhältnisse, lange Schulwege, der Genuß alkoholischer Getränke, Mangel an Schlaf, gewerbliche Arbeit, mangelnde Geschlechterhygiene, das Sehenlassen körperlicher Beschädigungen, ungenügende Schulhygiene im Schulhausbau und dessen Einrichtung hemmen die gesamte Schulgesundheitspflege. Wer als Schularzt einen Einblick in die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klasse bekommen hat, weiß, daß der Mangel an Wohnung, an Ernährung und Kleidung auch dem Geiste mitspielt. Das Sprichwort: „Arm ambeutel, krank am Herzen“, könnte man mit „schwach im Geiste“ weiterführen. Es ist zweifellos, daß Entbehrung und Not bei vielen den Untergang geistiger Fähigkeiten verursacht, sei es, daß Talente nicht geweckt werden könnten, oder daß vorhandene nicht die nötige Nahrung erhielten; und wer die geistige Schwäche der unterrichteten Kinder gründet, wird meist dem Mangel an Nahrung und Wohnung, vielleicht auch den Ernährungsfehlern die Schuld zusprechen müssen. Die gewerbliche Arbeit der Schulkinder, sei es in Fabriken oder im Hausgewerbe, entzieht den Kindern so viele körperliche Kräfte, daß für die Entwicklung der geistigen kein Lebensmaterial übrig bleibt. Daher dürfte eine Verschärfung der Kinderbeschutzgesetze der Hygiene der geistigen Kräfte eines Schulkindes zugute kommen. Weite Schulwege zehren die Kräfte der Kinder sehr auf und zeigen deutlich, daß viele mit hohen Ermüdungswerten zur Schule kommen. Kinderhorte würden in dieser Hinsicht manches Kind von nervöser Krankheit retten. Eine richtige Geschlechterhygiene steht der Hygiene der Geisteskräfte bei.

Die soziale Not der Schulkinder wird hier nicht zum ersten Male geschildert. Trotzdem bleibt aber vieles beim alten, weil eben nur die Kinder armer Leute darunter leiden.

Wie Aufruhrprozesse entstehen.

Der Mittwoch vor der letzten II. Strafkammer verhandelte Aufruhrprozeß zeigt wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, wie der Aufruhrparagraf gegen Personen zur Anwendung gelangt, die unserer Ansicht nach wirklich nicht im Entferntesten an einen Aufruhr gedacht haben.

Wie schon in der gestrigen Nummer kurz berichtet, verhafteten am Abend des 8. Oktober v. J. auf der Stadgasse die Schutzleute Klüma und Kasperczyk den Arbeiter Ruppelt angeblich wegen ruhestörender Verweise. Wie immer bei solchen Vorfällen folgten dem Transport zur Polizeiwache, durch die Nikolaitstraße eine große Anzahl Menschen. Auch an tabakluftigen Elementen mag es dabei nicht gefehlt haben, durch die sich die Beamten bedrückt fühlten. Als gar einer zu singen anfing, war der Aufruhr fertig. Schutzmann Klüma hat sich anfangs mit dem Säbel um sich, zog aber kurz vor der Polizeiwache den Revolver und schob. Ein Schuß, der dem Arbeiter

Gotlibb Götter in den Unterleib drang, verletzete diesen schwer. Kurz nach diesem Vorfall verhaftete die Polizei etwa 25 Personen, die sich mehr oder weniger an dem Zusammenlauf beteiligt haben sollen. Dabei wurden von der Polizei auch Personen festgenommen, die nur von Neugierde getrieben, dem Transport gefolgt sind. Am 9. März verhängte das Breslauer Schwurgericht hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen über diejenigen Beteiligten, die die Beamten tätlich angegriffen haben sollen. Mit den anderen weniger schweren „Aufrührern“ hatte sich die II. Strafkammer zu beschäftigen. Es waren dies neun männliche Personen, darunter zwei Augenblinde, und drei Frauen. Keiner dieser Angeklagten ist von den Schutzleuten, wie diese selbst bekundeten, bei dem fraglichen Vorfall gesehen worden. Die Anklagen stützten sich sämtlich nur auf das, was die Leute zu ihrem eigenen Schaden in der Voruntersuchung vor der Polizei selbst ausgesagt haben, nämlich: am 8. Oktober zufällig in die Menge hineingeraten zu sein. Das Gemütle der Staatsanwaltschaft aber schon, die Angeklagten verhaften zu lassen und wegen Verteilung an dem „Aufruhr“ unter Anklage zu stellen. Denn wer sich bloß in eine „aufrührerische“ Menge hineinbegibt, macht sich ja bekanntlich nach § 115 Str.-G.B. schon des „Aufrubrs“ mitschuldig. So war es auch hier. Unter den „Aufrührern“ befanden sich auch einige Arbeitskollegen des verhafteten Ruppelt, wie auch des durch die Polizei verletzten Götter, die dem Transport nur deshalb folgten, um dem beiden Benannten eventuell als Zeugen zu dienen. Auch diese machten sich des „Aufrubrs“ schuldig. Einer der Angeklagten, der bew. verhafteten Ruppelt während des Abführens ermahnte, hatte, mit den Schutzleuten ruhig zur Wache zu gehen und sich nicht widerständig zu zeigen — wurde ebenfalls einige Tage nach dem Vorfall wegen „Aufrubrs“ in Untersuchungshaft genommen. Die verurteilten Angeklagten ermahnten dieses Angeklagten an den Festgenommenen mußte Schutzmann Kasperczyk unter seinem Säbel bestreiten. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen ihn nicht weniger als ein Jahr (!) Gefängnis. Wertwärtig ist es, daß diejenigen Beamten, die als Zeugen in den Augen der Polizei auftraten, und die sich doch selbstlos ebenfalls unter der aufrührerischen Menge befunden haben müssen, nicht auch wegen „Aufrubrs“ angeklagt wurden. Als Hauptanklagungszeuge der Polizei tat sich ein Herr Hans Wilhelm Friedländer hervor, der dem Gericht die „große Bedrängnis“ der beiden Schutzleute erzählte und dann sagte: „Ich hätte als Schutzmann die Geduld nicht geliebt.“ Während der Beratung des Gerichts sah man Herrn Kriminalkommissar Ullrich von der politischen Abteilung mit Herrn Friedländer in sehr trauischem Gespräch. Der Staatsanwalt hielt sämtliche Angeklagte, namentlich die drei Frauen, des Aufrubrs schuldig und beantragte hohe Gefängnisstrafen. Das Gericht beurteilte zwei Frauen zu je sechs Monaten Gefängnis, die andere zu acht Monaten Gefängnis. Alle übrigen, bis auf zwei, die freigesprochen wurden, erhielten Gefängnisstrafen von je sechs Monaten bis zu einem Jahr zuzüglich. Die fünfmonatliche Untersuchungshaft wurde bei einigen in Anrechnung gebracht.

* Der Arbeitsmarkt in Industriestädten läßt

im Frühjahr dieses Jahres einen erheblich regeren Arbeiterbedarf als im vergangenen Jahre erkennen. Von den städtischen Städten mit beachtenswerter Industrie weist vor allem Breslau eine starke Zunahme des Arbeiterbedarfs auf, während im März 1910 auf je hundert offene Stellen durchschnittlich noch 93,4 Arbeitsuchende kamen, stellt sich der Andrang im März d. J. auf 69,4. In Königsberg i. Pr. und Posen hat der Andrang ebenfalls sehr abgenommen. Stettin weist einen Andrang von 129,6 gegen 141,6 im Vergleichsmonat v. J. auf. Sehr kräftig ist in den industriereichen Vorstädten der Reichshauptstadt das Ueberangebot gesunken; in Rixdorf ging es von 120,3 auf 116,9 zurück. Der Arbeitsmarkt von Hamburg und Kiel hat ebenfalls eine durchgreifende Erleichterung erfahren. In Hamburg ging der Andrang von 126,5 auf 115,0, in Kiel von 247,7 auf 201,0 zurück. Magdeburg zeigte im März v. J. einen Andrang von 138,8, im gleichen Monat d. J. einen solchen von 125,8; in Halle a. S. ging er von 144,6 auf 128,9 herab. Von den Städten im Königreich Sachsen sind vornehmlich Dresden, Leipzig und Plauen zu nennen; in Dres-

Aus aller Welt.

Cromwells Schädel. Das „B. L.“ schreibt: Im archäologischen Institute von London ist seit einiger Zeit eine Reliquie zu sehen, die das höchste Erstanten bei allen Beschauern hervorruft. Nämlich ein Schädel des gewaltigen Lordprotectors der englischen „Commonwealth“, Oliver Cromwell! Bekanntlich rühmt sich die Universitätsbibliothek von Oxford, im Besitze dieser geschichtlichen Reliquie zu sein, und nun tritt unvermutet ein Parac in Stoke, einem Dörfchen bei Mayland, namens Wilkinson aus seinem wohlverlorenen Nest hervor und behauptet, den einzig echten Schädel des großen Oliver zu besitzen. Schon seit länger als hundert Jahren verwahrt keine Familie diese kostbare Reliquie die durch Kauf bei einem Trödler in der Londoner Bondstreet ihr Eigentum geworden. Dieser Trödler aber hätte in nahen Beziehungen zu den Erben des Protectors gehalten. So viel über die Herkunft dieses angeblich echten Cromwellschädels.

Als Beweise für die Echtheit werden einige Schädelmarken angeführt, die von Säbelhieben herrühren und ein durch einen Speerstich entstandenes, unregelmäßiges Loch an der Schädeldecke. Nach der Wiederherstellung des Königtums wurde nämlich auf Befehl Karls II. die Gräber Cromwells, seines Schwiegersohns Ireton und des Präsidenten des Anklagerichtshofes gegen Karl I. Bradshaw erbrochen, die einbalsamierten Leichname herausgenommen, nach Tyburn auf Schlitzen gebracht und an den Ecken der Galgen aufgehängt. Dort blieben sie den Tag über — es war der Hinrichtungstag Karls I. — und den folgenden Tag Schau ausgestellt. Dann nahm man sie herunter, so berichtet Leopold Ranke in seiner „Englischen Geschichte“ (Bd. IV, S. 190/191), schnitt die Köpfe von den Leibern und führte sie nach Westminsterhall. Da hat man sie an der Stelle, wo einst der Justizhof über Karl I. Gericht gehalten, auf Pfähle gesteckt. Bradshaws Kopf, der schon grün ausah, in der Mitte, denn noch einmal wollte der größte Witz ihn präparieren lassen, die Köpfe Cromwells und Iretons zu beiden Seiten. Ranke macht dazu die so ungemein charakteristische Bemerkung: „Warum hat das keine nicht einmal in seiner Art „behandelt“? Dann fährt der große Geschichtsforscher in seiner Betrachtung fort: „Sie waren einst von ihren Anhängern, denen noch die Zukunft zu gehören schien, mit Pomp und Verehrung beerdigt worden. Die Schmach, die den armen Leibern ihrer Lieben zugefügt wurde, bezeichnete den seitdem vollzogenen Ruin der gesamten Partei.“

Sollte dem großen Lordprotector nunmehr nach beinahe 250 Jahren ein ähnliches Schicksal zuteil werden, wie manchem Mitglied der römischen Kirche, von dem ebenfalls die verabschiedeten Leichen über die Erde hinweggeführt werden und

mehrfach sich an verschiedenen Stellen vorfinden? Oxford will sich die Echtheit seines Cromwellschädels nicht streitig machen lassen und Wilkinson ebensovornig. Von neuem erhebt sich somit auch in dieser Hinsicht die alte, ungelöste Pilatusfrage: was ist Wahrheit?

Wieviel Zingbögeln fressen. Als Waldpolizei bezeichnet der Förster wohl das Gezeir der kleinen Zingbögeln, die mit unermüdlichem Eifer die Räume, die Luft und den Boden von den schädlichen Insekten reinigen. Vom Nutzen dieser Zingbögeln darf man natürlich nur in dem Sinne reden, daß sie das natürliche Gleichgewicht erhalten oder bei großen Insektenplagen wieder herstellen. Wie bedeutungsvoll diese Waldpolizei für den Wald ist, hat Kurt Loos an dem Beispiele der Meisen untersucht.

Wegen der ungeheuren Mengen von Insekten, die gerade die kleinsten Zingbögeln vertilgen, sind diese und nächst ihnen Goldhähnchen, Kleiber und Baumläufer besonders geschätzt, die die Räume systematisch nach Eiern, Larven, Puppen und ausgewachsenen Insekten abhauen. Wie groß die Insektenmengen sind, die diese kleinen Vögel vertilgen, zeigt Rudolf Zimmermann in seinem hübschen Buche über „Nutzen und Schaden unserer Vögel“ auseinander, das soeben der Verlag von Theodor Thomas in Leipzig herausbringt. Professor Körig hat aus zahlreichen Versuchen ermittelt, daß der Nahrungsbedarf im ungünstigsten Verhältnis zur Größe des Vogels steht. Ein Kohlmeisenpaar, das innerhalb eines Jahres auf eine Familie von etwa 20 Küken anwächst, verbraucht jährlich etwa 30 Pfund Trockensubstanz in der Nahrung. Insekten haben im Durchschnitt eine Trockensubstanz von 20 bis 30 Prozent, so daß diese einzige Meisenfamilie im Jahre mindestens 1½ Zentner Insekten vertilgt. Auch über die Zahl der geschlossenen Insekten macht dieser Schwärmermann auf Grund seiner Versuche genaue Angaben. Drei Klau- und drei Lammmeisen, die er in großen Flugkäfigen hielt, verzehrten täglich neben einer beträchtlichen Anzahl von Wehlmücken im Durchschnitt 8000 bis 9000 Eier der Meise und bis zu 10.000 Eier des Kleberpflanzenspinner. Zwei Sumpfmeynen brachten es, trotz des Darbens, bis ihnen gewöhnlich bedrängten Milchweizens immer noch auf 7000 Stück täglich. Drei Sumpfmeynen, eine Lammmeise, eine Schlangemeise und zwei Goldhähnchen fraßen in 21 Stunden 376 Raupen des Kleberpflanzers, das ist gleich 30,4 Prozent des Lebensgewichtes an Trockensubstanz der Raupen. In den Wintermonaten von 9 bis 11 hielten die Goldhähnchen je 8, bis Schwammmeise der: 16 Stück. Auch Vogelmeynen und Kleiber fraßen sie mit großer Eifer, und alle Vögel verzehrten sie einige Wochen lang, so lange sie ihnen gereicht werden konnten, im Gegensatz zu den anderen Tieren vor allem anderen Futter vom

ersten bis zum letzten Tage den Vorrat gaben. Zwei Kohlmeisen fraßen an einem Tage Hunderte von Schmetterlingspuppen; ein Versuch ergab, daß sie binnen 24 Stunden 187 Puppen des Ringelspinner, die sie sich erst aus dem Kokon herausholten mußten, vertilgten; bei Kohlmeisen- und Kammepuppen war der Verbrauch noch höher. Zum Vergleich mögen ein paar Zahlen über die Leistungsfähigkeit von Zingbögeln im Insektenvertilgen angeführt werden, die auf Beobachtungen von Professor Castein beruhen: in einem von Kleberpflanzern besetzten Wald wurden Haushühner getrieben, die so gründlich unter den Puppen des verderblichen Falters aufräumten, daß auf den Quadratmeter Boden, wo man vorher 25 bis 140 Puppen gezählt hatte, nur noch 2 oder 3 blieben. Jedes Huhn verzehrte dabei täglich etwa 150 der Puppen.

Eine Tragödie im Urwald. Ein deutsches Kaufhaus in Puerto Suarez (Venezuela) wollte, wie wir der „B. W.“ entnehmen, 140.000 Mark in Gold nach dem Jenes senden, um damit Gummi zu kaufen. Zu der ausgedienten Expedition gehörten vier Deutsche, zwei Frauen und eine Anzahl eingeborener Führer, im ganzen zwölf Personen. Diesen schlossen sich am letzten Tage zwei Engländer an, die sich als Vertreter eines englischen Gummi-Syndikats ausgaben. In Wahrheit hatten sie mit einem der Deutschen, der erst kurz zuvor von der Firma in Puerto Suarez engagiert worden war und, wie sich später herausstellte, eine böse Vergangenheit besaß, den Plan geschmiedet, die ganze Expedition zu morden, um das Gold zu rauben. Am 17. März, wo in fünfzig Kilometer Umkreis keine Ansiedelung besteht, führten sie den Plan aus. Der deutsche Leiter der Karawane wurde von dem deutschen Spießgesellen der Engländer, als er in den Sattel steigen wollte, durch drei Revolverschüsse getötet; gleichzeitig erschossen die Engländer seine Frau, noch einen Deutschen und einen Eingeborenen und verwundeten einige der Eingeborenen. Die Arzgriffen waren flohen. Der letzte der Deutschen, der ohne Waffe zum Boden angegangen war, rettete sich in notdürftigster Kleidung in den Wald, nachdem 10 Schiffe zum Glück vergeblich ihm nachgefand worden waren. Er traf zwei der Verwundeten und erreichte nach 14 Tagen die nächste Ansiedelung. Nun wurden sofort Leute aufgeboden und man fand an der Nordseite 4 Leichen; darunter den deutschen Mörder, der beim Töten der Weite selbst von den Engländern erschossen worden war. Bei der Verfolgung ließ man bald auf die Nordhüben, die sich energisch verteidigten. Einer wurde erschossen, der andere wurde lebendig gefangen und nach San Jose gebracht. Das geraubte Gold wurde bei ihm von gefunden. Er gab ohne weiteres zu, daß es im Wägen gelegen hätte, alle Reliquie zu erschließen und dann über die brasilianische Grenze zu flüchten.

Mehr als 98.000 Mark

zählt jetzt der Baufonds des Gewerkschaftshauses. Es gehen also noch reichlich 1000 Mark, dann ist der Grundstock der ersten 100.000 Mark erreicht. Daß diese Summe in zwölf Wochen aufgebracht wurde, ist in erster Reihe den großen Beiträgen der Gewerkschaften, der Partei, einigen anderen Vereinen und mehreren Freunden und Genossen zu danken.

Nun müssen aber auch die kleineren Bausteine folgen, die zum Gelingen des großen Werkes nicht minder nötig sind. Wer einen Anteil von fünf Mark anzeichnen will, wende sich an den Genossen Masch im Gewerkschaftshaus oder an den Genossen Heymann in der Expedition der „Volkswacht“. Die kleinen Beiträge sind ebenso wertvoll wie die großen. Denke niemand, daß fast 100.000 Mark gesammelt sind, ist es genug; je mehr eigenes Geld wir haben, um so besser ist es um unser Unternehmen bestellt.

In den letzten Tagen haben die Buchdrucker-Gilfsarbeiter und die Arbeiterradfahrer je 100 Mk. für den Baufonds abgeliefert.

In der Holzbearbeitungs-Maschinenfabrik von J. W. Hoffmann, Frankfurterstraße 51/53, ist heute wegen fortgesetzten Gerabehens der Arbeiterlöhne ein Streik ausgebrochen, wozu 66 Leute, Schloffer, Maschinenarbeiter, Dreher, Schmiede und Anstreicher, beteiligt sind. Zugang ist streng zuhalten. Näherer Bericht folgt.

Ademischer Zweigverein des Humboldt-Vereins. Im Jahre sind nunmehr ins Land gegangen, für den Breslauer Studenten-Verein, um den einzigen Humboldtverein der Provinz seines Faches zu unterstützen. Es wurde der akademische Zweigverein des Humboldtvereins ins Leben gerufen, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, der arbeitenden Bevölkerung unserer Stadt die Möglichkeit zu bieten, sich weiterzubilden und Anteil zu nehmen an den Fortschritten und Erträgen der Wissenschaften unserer Zeit. Zwei Wege werden beschritten: man veranstaltet allmonatlich in Volksheim, Andersenstraße, gemeinverständliche Vorträge, dann werden Unterrichtskurse abgehalten, in denen planmäßige Lehrgänge erfolgen. Seit ihrem Bestehen hat sich der akademische Zweigverein des Humboldtvereins in immer weiteren Kreisen Freunde erworben, sodaß eine Tätigkeit als äußerst segensreich bezeichnet werden muß. Auch in dem kommenden Semester werden wieder Unterrichtskurse stattfinden und zwar zwei in Deutsch, je einer in Rechnen, Französisch und Stenographie (Stolze-Schren), was durch Inserat in den Tageszeitungen bekanntgegeben wird. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch während des nächsten Semesters das allgemeine Interesse an den dankenswerten und nützlichen Bestrebungen rege bleibt. All dem akademischen Zweigverein des Humboldtvereins betreffende Anfragen und Wünsche sind zu richten an den Vorsitzenden, Herrn cand. med. dent. Ernst Boronow, Moritzstraße 13 oder an den Ehrenpräsidenten Herrn Dr. v. Gerhardt, Schwerinstraße 15.

Vom Osterverkehr. Daß der Verkehr in den Osterfeiertagen in diesem Jahre ein überaus reicher war, ist bei der prächtigen Witterung, besonders am 2. und 3. Feiertage, um so greiflicher, als mangelsheim faste Tage vorausgegangen waren. Der Vergleich der diesjährigen Verkehrszahlen mit denen des Vorjahres beweist schlagend, welchen Einfluß die diesjährigen schönen Ostertage auf den Personenverkehr geübt haben. Die städtische Straßenbahn hatte an den drei Ostertagen Einnahmen von 5252 Mk., 8104 Mk. und 5357 Mk. gegen 3956 Mk., 3690 Mk. und 2580 Mk. an den drei Osterfeiertagen des Jahres 1910, wobei nicht eingerechnet sind die Dauerarten, wohl aber der Ertrag aus den Umsteigertaxen, die die städtische Straßenbahn gemeinschaftlich mit der elektrischen Straßenbahn Breslau (Gräbichener) ausgibt. Die Zahl der beförderten Personen kann also eine zehnfache sein. Die große gerechnet werden, wie die oben angeführten Markzahlen. Die elektrische Straßenbahn Breslau (Gräbichener) beförderte in den Feiertagen 47.000, 59.000 und 45.000 Personen; 1910 dagegen 11.000, 37.000 und 32.500 Personen. Der Omnibusverkehr, die auf den verschiedenen Linien des von derselben Gesellschaft betriebenen Breslauer Omnibusverkehrs fahren, bedienten sich in diesem Jahre 16.200, 19.800 und 21.000 Personen; 1910 waren es 16.920, 19.700 und 20.100 Personen. Die Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft endlich hatte in den diesjährigen Ostertagen einen Zubruch von 121.008, 141.000 und 108.600 Personen; ob dies gegen das Vorjahr eine große Steigerung bedeutet oder nicht, war von der Gesellschaft nicht zu erfahren.

Die Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft hat im Jahre 1910 aus Einzelbillets 3.320.332 (3.834.403) Mk., aus Abonnements 593.887 (577.846) Mk. aus sonstigen Quellen 5349 (4975) Mk. eingenommen. Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die Einnahmen des Jahres 1909 an. Von dem Gesamtgewinn der Gesellschaft von 901.750 Mk. erhält die Stadt die Hälfte, also 450.895 Mk. Der Ausschüttungsbetrag beläuft sich auf 12.769 Mk. Dividende, an die Aktionäre wurden 417.434 Mk. verteilt; das ist eine Dividende von 6 1/2 Prozent.

Der Neubau der Augustaschule (höhere Mädchenschule) an der Schmerinstraße, Ecke Götzenstraße, ist heute feierlich eröffnet worden.

Breslauer Schauspielhaus. Heute Donnerstag und morgen Freitag finden Wiederholungen der mit vollem Erfolg aufgenommenen Operette „Majestät Mimé“ von Granichsäden statt. Sonnabend geht in neuer Einstudierung zum ersten Male die Studenten-Operette „Alte Burschenherlichkeit“ in Szene. Sonntag Abend zum zweiten Male „Alte Burschenherlichkeit“.

Mitbürger! Bitte, werft auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Gartenanlagen keine Papiere und Schalen fort. Steuerzahler, denkt an eure Geldbeutel und helfe mitwirken, daß Breslau eine laubere Stadt wird.

Unfall durch ein Automobil. Am Dienstag wurde auf der Straßenkreuzung Garten- und Neue Schweidnitzer Straße ein Kaufmann von einem Automobil angefahren und zu Fall gebracht; er erlitt eine schwere Wunde am Hinterkopf.

Tödliche Folge eines Scherzes. Die 9-jährige Schülerin Hedwig Neugebauer, Polenzstraße Nr. 81/83, bei der Mutter wohnhaft, wurde vor einigen Tagen von einem anderen Mädchen im Scherz gestochen, sodaß sie umfiel und sich eine Kopfverletzung zuzog. Das Mädchen ist am 18. April wahrscheinlich an den Folgen dieser Verletzung gestorben.

Ein umfangreicher Stubenbrand, der am Donnerstag Vormittag in der Wohnung eines Kaufmanns im dritten Stock des Hauses Matthäusplatz 9 ausbrach, beschäftigte die Feuerwehr über 1 1/2 Stunden lang. Als die Feuerwehr eintraf, tobten bereits die Flammen durch die Fenster, deren Scheiben zertrümmert waren und drohten durch die ebenfalls zertrümmerten Fenster der Bodenfenster auf den Dachstuhl überzugreifen. In einer halben Stunde konnte das Feuer, das auch die Balkenlage, die Deckenverschalung, die Verkleidung der Wände und den Fußboden zerstört hat, gelöscht werden. Da die Zwischenwände durchweg massiv waren, wurden die daneben gelegenen Zimmer verwahrt; die Deckenverschalung mußte bis auf die Balkenlage abgegriffen werden, um den Brand völlig zu ersticken. Auch Menschen waren in Gefahr; die Feuerwehrmannschaft fand in dem völlig verqualmten Treppenhause eine Frau, die besinnungslos

geworben war und schaffte ne hinaus; ein Ehepaar, das in einem benachbarten Zimmer wohnte, konnte nur mit großer Mühe dazu gezwungen werden, dort zu bleiben. Bis sich der ersticken Qualm verjagen konnte. Ein Wehrmann ist bei den Vörsarbeiten durch Glasplitter an der Hand verletzt worden. Die Aufräumungsarbeiten dauerten über eine Stunde. Die Brandursache ist darin zu suchen, daß die Einwohner kein Auschweifen von Polstermöbeln unvorsichtig waren. Der Schaden der Zimmerinhaber ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt.

Ranienbiefstahl. Aus einem unverschlossenen Stalle des Hauses Dirschstraße 82 wurden in der Nacht zum 16. April sechs Ranienbief gestohlen.

Gefunden wurden eine silberne Damenuhr, ein Stockschirm, eine Brille mit Grot, drei Portemonnaies mit Inhalt, verschiedene Geldstücke, eine Brieftasche, eine Pistole, eine Herrenuhr, ein Schlüssellband, ein russisches Schriftstück, ein brauner Vorhang, eine silberne Damenuhr mit Kette, zwei Schlüssel, eine schwarze Handtasche und ein Paket mit Inhalt.

Aus Oberschlesien.

Wie der Zentrumsgraf die frommen Arbeiter einseit.

In Berlin sprach am 20. März Graf Wendel von Donnersmarck-Kamothwiz in einer Zentrumsversammlung, in der er unter anderem, durch stürmischen Beifall belohnt, sagte:

„Ein Hauptarbeitsgebiet des Volksvereins ist aber namentlich das wirtschaftliche Gebiet. Hier gilt es, die Regsamkeit des katholischen Volkes teils zu erhöhen und weiter einen Ausgleich der Standesinteressen zu schaffen. Selbsthilfe und Staatshilfe, beides harmonisch vereint, sollen sozialen Frieden und Wohlfahrt herbeiführen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen gleichmäßig Rechte und Pflichten erhalten; sie sollen auf einander Rücksicht nehmen und ihr Tun und Lassen einträglich nach dem Gebot der christlichen Nächstenliebe.“

Diese schönen Worte werden von der Zentrumspresse eifrig weiter verbreitet. Sie erzählt in mit Vorliebe von dem idealen Zustand, daß im Zentrum Grafen, Prinzen und Fürsten mit „einfachen Arbeitervertretern“ zusammenarbeiten. Nur schade, daß die Wirklichkeit zu den schönen Worten des Zentrumsgrafen paßt, wie die Faust auf den Nagel. Die Familie derer von Donnersmarck ist weltbekannt als eine der typischen Ausbeuter- und Schmarotcherfamilien. Die Löhne aus ihren Erwerbungen gehören zu den schlechtesten ihrer Art. Gegen jede Erweiterung der Volksrechte sehen die Herren in der Praxis ihr ganzes Gewicht ein. Ein Graf Wendel von Donnersmarck war es, der in einer Zentrumsversammlung am 28. März 1909 in Jülich sagte:

„Der Vlod befindet sich auf dem besten Wege, in Deutschland nichts mehr und nichts weniger als die parlamentarische Regierungsform einzuführen und dafür volle und gute Beschaffenheit.“

Das sieht wahrlich nicht nach gleichen Rechten und Pflichten aus, sondern gleich völlig den Anschauungen des Zentrumsabgeordneten Graf Strachwitz, der bekanntlich wie so manche andere Zentrumsgrößen mühevoller Gegner eines gleichen Wahlrechts ist. Eine solche Lüge die Herren dafür, daß die Arbeiter im Zentrum nichts zu sagen haben und immer mit Guddenbest abgepeitelt werden. Wägen die Zentrumsarbeiter auch noch so viel Säem schlagen über ihre Zurücksetzung, mit schönen Worten und wenn nötig durch Mundstücken werden sie zur Ruhe gebracht. Sie haben doch ein halbes Dutzend christlicher Suppentische im Reichstag, was wollen sie denn noch mehr!

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Zustände in den Dörfern der Zentrumsgrafen Wendel von Donnersmarck, Strachwitz, Magasin usw. usw. die allererbärmlichsten. Derselbe Graf Strachwitz, der sich in Zentrumsversammlungen als Hüter der Sittlichkeit, als Kämpfer gegen die glaubens- und sittenlose Sozialdemokratie aufspielt, hatte auf seinem Gute Zustände für seine Arbeiter, die sicherlich nicht zur Steigerung der Sittlichkeit beitragen. In einem mit Steinen gepflasterten feuchten Raum, dessen Decke man mit der Hand erreichen konnte, und nur ein vergittertes Fenster mit zerfallener Scherbe erhob. Die frommen Zentrumsgrafen polnische Arbeiter und Arbeiterinnen, an der Zahl, zusammen kampieren. Auf der einen Seite des Stalles befinden sich die Vagerratten für die männlichen, auf der andern Seite für die weiblichen Personen. Solche Zentrumsleute sind recht geeignet dafür, im Lande herumzuziehen mit dem Schlagstrich: Religion, Sitte und Ordnung soll dem Volk erhalten bleiben!

Auch die christlichen Arbeiter, die heute solchen Zentrumsgrafen und Fürsten anzuhören, hatten schon mal leichtere Stunden. Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Blatt des christlichen Metallarbeiterverbandes, schrieb in seiner Nummer vom 1. September 1906, in Oberschlesien werde die Aufrüstung besondere Mühe kosten.

„Weil daselbst die Landwirtschaft der alten Feudalherren nicht noch viel mehr Spuren hinterlassen hat. Die Arbeiterschaft wurde geradezu zur Hundebau und Anspinnungslosgelast erzoogen, die in jedem Arbeiter nur den großen Wohlstand und Wohlsein zu erblicken hat, vor dem der Arbeiter bedroht ist zu erben hat. Eine solche Arbeiterschaft läßt sich schließlich auch noch mit Fachabteilungsphrasen, wie sie von den Berlinern gelehrt werden, abspülen und sanalisieren. Der Kapitalismus herrscht nirgendwo brutaler, wie in Oberschlesien, was ihm bei dem gutmütigen, tollt erzeugten Volk um so leichter möglich ist. Das Volk fühlt sein trauriges Los, es fühlt sich macht- und rechtslos. In seiner naive Vertrauensseligkeit erwarbete es Stellen Hilfe, wo es keine fand... Es wird ungeheuer viel Arbeit und Opfer kosten, ehe auch in Oberschlesien der Mann der Ohnmacht und Anrechtlosigkeit gedrohen ist... Dieses Volk ist gewiß vom religiösen Standpunkte für alles zu haben, um so schimmer, wenn es nach dieser Richtung hin gemißbraucht wird.“

Seht man in diesen Ausführungen an die Stelle von „Fachabteilungsphrasen“ das Wortchen „Zentrumsphrasen“, so sind sie eine treffende Schilderung des heutigen Gebarens der Zentrumsgrößen. Aber die Erstlings von 1906 ist heute bei den Zentrumsgelehrten nicht mehr zu finden. Sätt ihnen heute ein hochgeborener Zentrumsgraf oder Fürst einen salbungsvollen Sermon, in dem er sie zum Kampf für ihre sogenannten heiligsten Güter aufruft, so darf er daneben die Worte ruhig verhandeln, statt Mikfallen werden sie ihm Beifall, weil dies freischaffende Volk vom religiösen Standpunkte aus alles zu haben ist!

Neueste Nachrichten.

Reichstagsbauer.

Berlin, 20. April. Zu der Frage, wann die Legislaturperiode des Reichstages abgelaufen sein wird, wird der „Täglichen Rundschau“ bestätigt, daß man in Regierungskreisen der Meinung ist, daß die gegenwärtige Legislaturperiode erst am 26. Januar 1912 abläuft. Die Ansicht, daß die Legislaturperiode schon am 18. Dezember 1911, dem Datum der Auflösung des vorigen Reichstages ablaufe, sei irrig. Die Regierung rechne damit, die Tagung der Verabschiedung des Reichstages vielleicht bis in den Januar 1912 hinein zu verlängern, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte.

Die blasse Angst vor den Wahlen läßt sie diese Konstitutionen wagen

Fortschrittlicher Arbeiterkandidat.

Solingen, 20. April. Im hiesigen Wahlkreis hat die Fortschrittliche Volkspartei den Arbeitervertreter Erkelenz, Berlin als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Da der Kreis alter Besitz der Sozialdemokraten ist, wird Peter Erkelenz dort kaum Abgeordneter werden.

Vertotener Mairumzug.

Frankfurt a. M., 20. April. Der hiesige Polizeipräsident verbot den geplanten Mairumzug der hiesigen organisierten Arbeiterschaft.

Die Sicherheit Preußens läme in Gefahr.

Ein gefährliches Kinderspiel.

Essen a. d. R., 20. April. In der Nachbargemeinde Bergedorf bestanden spielende Kinder auf dem Rücken der sechsjährigen Tochter des Arbeiters Ripka eine mit Petroleum gefüllte Konservendbüchse und zündeten den Inhalt der Büchse dann auf dem Rücken des nichtschauenden Kindes an. Die unglückliche Kleine erlitt fürchterliche Brandverletzungen und konnte, trotzdem ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, nicht mehr gerettet werden. Unter den Händen des Arztes starb die Kleine kurze Zeit darauf.

Grubenunfall.

London, 20. April. Aus Nottingham wird gemeldet: In der Vintonkohlengrube wurde ein elektrisches Kabel glühend und es brach infolgedessen mit großer Heftigkeit ein umfangreicher Brand aus, der es verhinderte, daß auch ein einziger von den vierhundert unter Tage arbeitenden Bergleuten in der Grube ans Tageslicht konnte. Alle vierhundert waren vollständig eingeschlossen. Der hiesige Quaru drang aus der Schachtöffnung und hinderte jede Rettungsarbeit. Hunderte von Frauen und Kindern scharten sich in großer Aufregung am Eingange zusammen. Ein Rettungskorps von der Kingsfeldrettungsstation errichtete und begab sich sofort mit Sauerstoffbetonen und verschiedenen Sauerstoffapparaten in den brennenden Schacht hinab und es gelang ihm, nach langen vergeblichen Bemühungen sämtliche eingeschlossene an die Oberfläche zu bringen. Hier spielten sich rührende Szenen zwischen den Bereiteten und deren Angehörigen vor dem Eingange ab.

Paris, 20. April. Das Waken eines Rohres der komprimierten Luftleitung in der Chaonnestraße verursachte gestern dort eine große Aufregung. Eine gewaltige Detonation erfolgte. Das Straßengpflaster wurde in einer Länge von 25 Metern aufgerissen. Mit ungeheurer Gewalt flogen Pflastersteine und Erde gegen die umliegenden Häuser. Die Steine wurden mit solcher Gewalt umhergeschleudert, daß drei Personen, die sich im Augenblick der Explosion gerade auf der Straße befanden, sehr schwere Verletzungen erlitten, an denen eine bereits gestorben ist. Auch die beiden anderen werden wahrscheinlich ihren Verletzungen noch erliegen. Drei Geschäftsläden sind durch die umherliegenden Pflastersteine beinahe vollständig demoliert worden. Die Ingenieure der Gesellschaft für komprimierte Luftleitung und Luftzerzeugung haben bereits sämtliche erforderlichen Vorkehrungen getroffen, um eine Wiederholung derartiger Explosionen zu vermeiden. Die Ursache der Explosion ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 12 columns: Pegel, in Meter über NN, Datum, Pegel, Pegel, Pegel, Pegel, Pegel, Pegel, Pegel, Pegel, Pegel, Pegel. Rows for 20.4., 19.4., and Wina 1.88.0.98.2.12.0.42.2.46.2.07.4.07.2.381.681.581.001.0.141.881.15. * Ausflussmengehöhe 1. Reittw. 3.50; für Erbsen (Oder) Dtsch. Rietzung 3.25.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

- Donnerstag, den 20. April: Öffentliche Bäcker-Versammlung. Nachmittags 3 Uhr im Saale. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billard-Zimmer. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 21. April: Konsumverein. General-Versammlung im Saale. Zivilminister-Versammlung. Vormittags 9 Uhr im Zimmer 2. Drickstrassen-Kassen-Verband. Versammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 2. Sonabend, den 22. April: Buchbinder. Versammlung im Zimmer 2. Kupferschmiede. Versammlung im Zimmer 3. Bildhauer-Verband. Abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Zimmer 5. Sonntag, den 23. April: Volkerversammlung. Vormittags 11 Uhr im Saale. Metallarbeiter-Verband. Von 10 bis 4 Uhr Delegiertenwahl im Billardzimmer. Arbeiter-Versammlung. Vormittags 10 Uhr im Zimmer 2. Tabakarbeiter-Versammlung. Nachmittags 3 1/2 Uhr im Zimmer 2. Schiffszimmerer-Versammlung. Nachmittags 4 Uhr im Zimmer 3. Eisenarbeiter. Rasttag Form. 10 bis 12 Uhr im Zimmer 7. Montag, den 24. April: Metallarbeiter-Verband. Generalversammlung Abends 8 Uhr. Buchdruckerhilfsarbeiter. Versammlung im Zimmer 1. Buchgraphen und Seidenruder. Versammlung im Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 25. April: Schneider-Versammlung im Zimmer 1.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Abend, Bezirksführer! Montag, den 24. April, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen Abrechnung der Bezirksführer. Die unverkauften Parteitagsmarken und die Kontrollmarken sind mitzubringen. Achtung, Zahlabend-Referenten und Bezirksführer! Wegen einer Aussprache über die Zahlabend des Sozialdemokratischen Vereins wird Donnerstag, den 27. April, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Besprechung abgehalten, zu der sämtliche Zahlabend-Referenten und Bezirksführer eingeladen sind. Der Vorstand. „Volkswacht“-Agitation! Sonntag, den 23. April, Morgens 8 Uhr, findet von dem Lokal von Sperling, Taschenstraße 16, aus eine Agitation für die „Volkswacht“ statt. Alle Genossen, die eine Stunde ihres Sonntags opfern wollen, werden ersucht, daran teilzunehmen. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Kennkarte! Land-Distrikt 7. (Bezirk 1, 2, 3). Der Zahlabend für Monat April fällt aus. Sonntag, den 23. April, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Billard bei Dellmann. Land-Distrikt 16. (Bezirk Davids, Köttern, Asten, Dorf, Altsdorf.) Mittwoch, den 23. April, Abends 8 Uhr, bei Kugel Billard-Versammlung. 1. Bericht vom Schluß des Parteitag. 2. Das Urteil im Thamm-Prozess. Die Genossen, die Distrikten haben, werden um baldige Abrechnung ersucht.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 3 mal wöchentlich.

H. Barra, ...

Stadthausbender ...

Abrechnungsgeschäfte
Widder, A. Waren-Rückhaltungsgeschäfte gegen bar und auf Zahlung. Adolf Schröder, Rummelstraße 10.

Alkoholfreie Getränke
= **Bilz-Sinalco** =
Grand-Source, ...

Bücher und Kartellisten
Barth, Karl, ...

Gerat, Friedr.
Koch, ...

Färbererei u. Wäscherei
Kelling, W., ...

Fische u. Delikatessen
Alber, ...

Fleischeren u. Wurstfabriken
Barth, ...

Bedenstalten
Hagedorn, ...

Bandagisten
Fritz, W., ...

Berufskleidung
für Kfz, ...

Bier-Bräuereien
Kraus, ...

Brauerei Rannach
Brauerei Rannach, ...

Brot, ...
Brot, ...

Georg, ...
Georg, ...

Hopf & Gärke, ...
Hopf & Gärke, ...

Kipke, C., Brauerei.
Kipke, C., Brauerei.

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Gomann, Wilhelm
Gomann, Wilhelm, ...

Kluger, Max
Kluger, Max, ...

Kühn, R.
Kühn, R., ...

Swieny, Jos.
Swieny, Jos., ...

Wedler, Bernh.
Wedler, Bernh., ...

Kelling, W.
Kelling, W., ...

Coran, W. & Co.
Coran, W. & Co., ...

Riedel, M.
Riedel, M., ...

Fische u. Delikatessen
Alber, ...

Fleischeren u. Wurstfabriken
Barth, ...

Bedenstalten
Hagedorn, ...

Bandagisten
Fritz, W., ...

Berufskleidung
für Kfz, ...

Bier-Bräuereien
Kraus, ...

Brauerei Rannach
Brauerei Rannach, ...

Brot, ...
Brot, ...

Georg, ...
Georg, ...

Hopf & Gärke, ...
Hopf & Gärke, ...

Kipke, C., Brauerei.
Kipke, C., Brauerei.

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Simmich, Albert
Simmich, Albert, ...

Gerat, Friedr.
Gerat, Friedr., ...

Färbererei u. Wäscherei
Kelling, W., ...

Fische u. Delikatessen
Alber, ...

Fleischeren u. Wurstfabriken
Barth, ...

Bedenstalten
Hagedorn, ...

Bandagisten
Fritz, W., ...

Berufskleidung
für Kfz, ...

Bier-Bräuereien
Kraus, ...

Brauerei Rannach
Brauerei Rannach, ...

Brot, ...
Brot, ...

Georg, ...
Georg, ...

Hopf & Gärke, ...
Hopf & Gärke, ...

Kipke, C., Brauerei.
Kipke, C., Brauerei.

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Landau, Adolf
Landau, Adolf, ...

Hygienische Artikel
Gummivarren aller Art, ...

Herren-Artikel
Coran, ...

Kinderwagen
Goetz Söhne, ...

Junghier-Verkauf
Junghier-Verkauf, ...

Kaffee, Tee
Gewaltig, ...

Kinematographen
Pohl, B., ...

Kleidstoffe, Seidenwaren
Geht & David, ...

Kohlen u. Sriketts
Kohlen u. Sriketts, ...

Kolonialwaren
Kolonialwaren, ...

Korsetts
Korsetts, ...

Lederwaren und Sattler
Lederwaren und Sattler, ...

Linoleum, Wachstuche
Linoleum, Wachstuche, ...

Malzkaffee
Malzkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Malkaffee
Malkaffee, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Möbel-Magazine
Möbel-Magazine, ...

Resthandlungen
Resthandlungen, ...

Putz, Modes
Putz, Modes, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Schuhwaren
Schuhwaren, ...

Sozialdemokratische Erfolge.

Das leere Gerede von der „Unfähigkeit der Sozialdemokratie zum positiven Schaffen“ spielt nicht nur bei uns eine Hauptrolle im Waffenarsenal der bürgerlichen Gegner. Auch außerhalb des Reichs, neben den allerschwersten Vorwürfen der Reaktion und Vaterlandsfeindschaft, dieser Vorwurf als Hauptstütze der antisozialistischen Agitation herhalten. So löst es sich im österreichischen Wahlkampf allerwärts: „Die Sozialdemokraten haben im Parlament nichts geleistet! 87 Sozialdemokraten im Parlament und doch geht es den Arbeitern nicht besser.“ Man sieht, wie die Gegner sich in diesem Vorwurf mit der antiparlamentarischen Kritik der Anarchisten befreiten. Die „N. Arb.-Bl.“ betont demgegenüber, daß auch 87 Sozialdemokraten nur eine Minderheit sind, und daß der Gegner der Arbeiter ihre eigene Schwäche trifft, da sie so viele Verbesserungsverordnungen herbeiführen. Glücklicherweise aber ist er auch so noch unberechtigt. Auch die Minderheit unserer Genossen hat durch ihre Sachkunde und Ringen manche wertvollen Erfolge den Gegnern abgerungen. Einige werden angedeutet.

Am 22. Dezember 1910 wurde das Wohnungsgesetz veröffentlicht. Danach können in den nächsten Jahren 100 000 Arbeiterwohnungen für 100 Millionen Kronen gebaut werden. Der erste Antrag dazu stammte vom Genossen Trejacyeider. Der erste Entwurf wurde vom Genossen Neumann zusammen mit einem polnischen Demokraten ausgearbeitet und vom Lenkungsamt angenommen. Da die Regierung ihn ablehnte, verhandelten mit ihr die Genossen Neumann und Krumm und brachten das Kompromiß zustande, das jetzt, unzulänglich, aber doch nicht bedeutungslos, Gesetz geworden ist.

Das Verbot des weißen Phosphors mit seinen mörderischen Folgen der Phosphornotrak, das am 1. Januar 1912 in Kraft tritt, wurde gegen den Willen der Regierung durch einen Dringlichkeitsantrag des Genossen Dr. Adler in Verhandlung gebracht und gemäß einem Gesetzentwurf des Genossen Schrammel beschlossen.

Und einem zunächst abgelehnten Antrag des Genossen Neumann verdanken es die Angehörigen der Metallindustrie, daß am 1. August 1908 ein Unterhaltungsbeitrag während der Dauer der Waffenübungen zutritt. Eine Reihe anderer Gesetze, die von Sozialdemokraten beantragt waren, werden im Abgeordnetensausgang angenommen, aber vom Reichsrat nicht erledigt: so die Abschaffung der Monopolrechte, die Vereinigungsgesetze (Vereinsrecht der Frauen), die Ermäßigung der Zuckerteuer, die Unfallversicherung der Arbeiter.

Gegenüber diesen positiven Leistungen fragt unser Parteitag, was denn auf dem Gebiete des sozialen Fortschritts die Gegner geleistet haben? Die Gegner mit ihrer Weisheit im Parlament, mit den zahlreichen Ministern, die sich aus ihren Reihen rekrutieren! Reaktion in der Verwaltung, Schulverschlebung und Verfassungsverstoß. Dazu eine Erhöhung der Kosten des Militärischen von 420 Millionen Kronen vor 10 Jahren auf 630 Millionen, für 312 Millionen Kriegsschiffszuschüsse und 761 Millionen neue Schulden. In dieser Hinsicht haben allerdings die Sozialdemokraten nichts geleistet.

In der holländischen 2. Kammer haben die Sozialdemokraten zu dem Arbeitslosenentwurf der Regierung eine Reihe Verbesserungsanträge gestellt. Davon wurden höchstens eine Reihe abgelehnt, aber auch einige angenommen. So die Arbeitslosenversicherung für verheiratete Frauen am Sonnabend um 11 Uhr; die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendlichen auf höchstens 53 Stunden; das Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher in Glasfabriken.

Und im Landtag des Staates Wisconsin, des einzigen amerikanischen mit einer größeren sozialistischen Vertretung, haben unsere Vertreter in der letzten Zeit folgende Verbesserungen durchgesetzt: Schaffung besserer Feuerlöscher in Fabriken; Zulässigkeit der Errichtung von Gemeindegewerkschaften und Badeanstalten u. a. Andere Gesetzentwürfe sind in Beratung und haben gute Aussicht auf Annahme: so eine Neuordnung des Steuerwesens in Milwaukee auf wissenschaftlicher Grundlage. Andererseits gelang es, schädliche Gesetze, so namentlich eine Mißbräutigungs- und eine Vorlage über Straßenpolizei, die eine Beschränkung der öffentlichen Redefreiheit ermöglichte, zu verhindern. Von den zahlreichen, teilweise tief eingreifenden Verbesserungen im Rahmen der Stadtverordnungen von Milwaukee, die heute noch auf Schritt und Tritt durch die staatliche Bevormundung gehindert ist, nicht zu reden.

Es ist kennzeichnend, daß unsere Gegner, die so viel von der „Unfähigkeit“ der Sozialdemokraten im Parlament und in der Verwaltung reden, doch alles tun, um uns die Möglichkeit solcher Mitarbeit, die nach ihrer Behauptung doch zur Erreichung unserer Unfähigkeit oder unseres Mangels an gutem Willen führen müßte, zu verschließen, sei es mittels der charakteristischsten Wahlbündnisse, sei es selbst durch Vertretung der Rechte. Sie kennen eben die Unwahrheit dieser Behauptung. Sie wissen, wie groß Eifer und Fähigkeit der Sozialdemokraten in mühsamer Arbeit ist.

Parteiangelegenheiten.

Der 8. schwedische Parteitag

Am vergangenen Sonntag in dem prächtigen Volkshaus in Stockholm eröffnet. Anwesend waren 118 Delegierte von 3 Organisationen, außerdem war Dänemark durch den Genossen Ewing vertreten. Von der deutschen Parteileitung war ein Schreiben eingegangen, in welchem man behauptete, keine Vertretung senden zu können. Genosse Franking eröffnete die Verhandlungen mit dem Hinweis, daß die Tagesordnung diesmal ganz besonders wichtig sei, weil es gelte, der Partei ein neues Programm zu schaffen, in dem unsere theoretischen Gesichtspunkte mit den Forderungen des praktischen Lebens vereinigt werden sollten. Weiter seien die Organisationsver-

hältnisse, das Kommunalprogramm und die Jugendbewegung bedeutungsvolle Fragen, mit denen der Kongress sich beschäftigen müsse. Ein besseres Versehen gegenwärtig und ein kräftigeres Zusammenarbeiten sei wünschenswert und er hoffe, daß dieser Kongress dazu beitragen werde, daß wir unsere Ziele erreichen. Von großer Wichtigkeit seien auch die bevorstehenden Wahlen. Um aus denselben als Sieger hervorzugehen, müßten die Vorbereitungen auf diesen Kongress erledigt werden.

In Kongressleitern wurden die Genossen Lindquist, Stoholm und Person gewählt. Aus dem Rechnungsbericht über das verfloßene Jahr 1910 geht hervor, daß die Partei in stetigem Wachstum begriffen ist. Bei den Kommunalwahlen hatte die Partei bedeutende Erfolge zu verzeichnen, auch bei der Wahl zur ersten Kammer eroberten unsere Genossen ein Mandat. Mehr als 90 000 Stimmen fielen auf unsere Kandidaten bei diesen Wahlen, während bei früheren Wahlen zum Reichstag (der zweiten Kammer) 51 000 Stimmen auf die sozialistischen Kandidaten fielen. Im Reichstag sitzen 87 Sozialdemokraten von im ganzen 230 Abgeordneten. Im letzten Jahre hat die Partei für Agitation 25 000 Kronen ausgegeben. Die acht sozialdemokratischen Tagesblätter haben eine Auflage von 93 000, dazu kommen noch sieben Blätter, welche drei bis vier Mal wöchentlich erscheinen und 21 000 Abonnenten haben. Der letzte große Kampf gegen die Unternehmer brachte keinen Mißgana, weder in der Abonnentenzahl der Presse, noch in der Mitgliederzahl der Partei, die bei Beginn dieses Jahres 33 218 betrug. Und bereits für dieses Jahr ist ein weiterer bedeutender Fortschritt in der Mitgliederzahl zu erwarten, so daß die Aussichten für die bevorstehenden Reichstagswahlen die besten sind.

In der Plenarsitzung wurde der Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes genehmigt. Eine lange, hitzige heftige Debatte entstand über die Haltung der Reichstagsaktion. Eine Minderheit unter Führung des Genossen Pastor Eval griff die Fraktion wegen ihrer Haltung bei verschiedenen Fragen an und forderte strengere Maßnahmen an den sozialistischen Grundbesitzer. Die Reichstagsaktion habe keine Abklärung mehr mit den Massen und man müsse die Tribune des Parlaments mehr zur Agitation für den Sozialismus verwenden. Der Redner wurde unterstützt von den Vertretern der Jungsozialisten. Am traten eine ganze Reihe Redner entgegen, die die Fraktion in Schutz nahmen, so unter anderem der erst vor kurzem zur Partei übergetretene Genosse Jerefer v. Palm. Ufferna und Broning. Schließlich wurde die Tätigkeit der Fraktion genehmigt mit 77 Stimmen. Ein Vorschlag, die Wünsche der Opposition der Fraktion als Material zu überreichen, wurde gegen 29 Stimmen abgelehnt.

In der Dienstausschussung beschäftigte der Parteitag sich mit den Vorschlägen zum Programm. Der erste Vorschlag betraf die Einmündung des Punktes: Einführung der Reduktion. Reduktion Carlsson begründete den Vorschlag in einem interessanten historischen Vortrag und fand es als notwendig, daß diese Forderung als ein selbständiger Punkt im Programm eintragen sei. Fränking und mehrere andere Redner meinten jedoch, daß diese Forderung gegenwärtig weniger aktuell sei. Der Stockholmer Bürgermeister, Genosse Lindhagen, sprach über das Einkommensverhältnis und forderte, auch diesen Punkt in das Programm aufzunehmen. Abgeordneter Thorson referierte darauf über die Militärfrage. Der Antrag auf völlige Abschaffung wurde abgelehnt und die bisherige Fassung beibehalten, die nur Einschränkung der Militärausgaben fordert. Schließlich wurde das neue Programm mit 75 gegen 57 Stimmen angenommen.

Arbeiterbewegung.

Der Bericht der Generalkommission für das Jahr 1910.

Der in der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes“ erschienene Bericht, beschäftigt sich in seinem allgemeinen Teil zunächst mit den Leistungen der Reichsregierung auf sozialpolitischem Gebiete, die als immer kläglich bezeichnet werden. Der Streikvermittlungsgeheimnis mit seiner ungenügenden Wirkung wird Erwähnung getan und dem gleichen Teil vorgelegten Geheimschreiben eines Hausarbeiters, dem ein von den Gewerkschaften und bekannten Sozialreformern einberufenen Komitee am 1. März 1910 in Stockholm gebildet wurde. Das Arbeitslosengeld hatte nach der Erledigung und es besteht die Gefahr, daß einige Verbesserungen, die die Kommission beschloß, in der dritten Sitzung im Plenum wieder ausgenutzt werden. In dem großen Neuerungswert in der Sozialversicherung, dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, nahm ein von der Generalkommission einberufener außerordentlicher Gewerkschaftskongress Stellung, auf dem in großzügigen Referaten und Diskussionen die Forderungen der Arbeiter präzisiert wurden. Die in diesem Geheimschreiben enthaltenen Verhinderungen der Arbeiter-Vertretung, besonders das für ein bedrohliche Selbstverwahrlosungsrecht der Arbeiter in den Anstalten, dazu die durch die Reichsfinanzreform hervorgerufenen Volkswirtschaftlichen und endlich die völlig missliche Verhältnisse, die Arbeiterorganisation auszunutzen, waren treffliche Agitationsmittel für die gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Von der Jugendbewegung werden erfreuliche Fortschritte berichtet. Eine im April 1910 in Berlin tagende Konferenz bestimmte die Richtlinien für die Bewegung. Die Zahl der Jugendausstellungen stieg von 330 auf 377, die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ von 32 000 auf 54 000, zurzeit auf 57 000; Jugendheime bestehen an etwa 100 Orten. Die erste Auflage der Jugendliederbücher von circa 50 000 Exemplaren ist vergriffen. Dem Aufschwung der Polizei gegen die früheren Jugendorganisationen wird als Erfolg eine schnellere Entwicklung der Jugendbewegung zugeschrieben.

Zwischen dem Zentralverband der Konsumvereine und der Generalkommission sind gemäß der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses Vereinbarungen getroffen worden, die die Verhandlung der Streikanklagerung, die Behandlung der Heimarbeit, die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsanträgen und Vergütung von Arbeiten, die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften regeln.

Der internationale sozialistische Arbeiterkongress wurde laut Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission von 100 Gewerkschaftsvertretern befristet und zur internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einmündig die Generalkommission zwei Vertreter nach Paris. Die Generalkommission der Gewerkschaften erklärte in einer anschließenden Sitzung des Verbandstages deutscher Gewerkschaften, abgehaltenen Konferenz ihre Einverständnis mit der Auflösung dieser Kommission und Überweisung der Geschäfte dieser Kommission an die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission. Schließlich wird noch der internationalen Kongress-Ausschließung gedacht, an der sich die Gewerkschaften beteiligen wollten und der hieran sich anschließenden Verhandlungen.

Für die Agitation wurde von der Generalkommission in der Weise gefordert, daß, wie auch in früheren Jahren, bei der italienischen Sprachkundige Agitation in den Wintermonaten in die Westküste Italiens entsandt werden, aus denen hauptsächlich die Einwanderung der Arbeiter nach Deutschland erfolgt.

die in München errichtete Ausstellungsstelle für aus Staffeln kommende Zigarbeiter wurde weiter ausgebaut. Daneben wurden Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsbüro nach Möglichkeit finanziell unterstützt, dergleichen wurden Mittel für Wahlen zu Gewerbeämtern und Anwaltschaften gegeben.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse fanden im Berichtsjahre drei statt, die insgesamt von 201 Teilnehmern besucht waren. Von der Veranstaltung eines Unterrichtskurses für die Arbeitersekretäre wurde mit Rücksicht auf das durch die Reichsversicherungsordnung und die Änderung des Strafrechts neu zu erwerbende Recht einseitigen Abstands genommen. — Im Etat der Generalkommission überließen die Ausgaben die Einnahmen um 721 Mark; die Mehrausgaben von 13 300 Mark entstammen hauptsächlich durch Errichtung der sozialpolitischen Abteilung, die Sammlung für die Arbeiter-Ausstellung ergab 1 1/2 Mil. von Mark.

Tarifverträge in der Leder- und Lederhandschuhindustrie. Die Zahl der unter Tarifvertrag arbeitenden Personen wächst auch in diesen Berichten fortgesetzt. Im Jahre 1910 wurden für diese Berufe vom Zentralverband der Lederarbeiter neu abgeschlossen 36 Verträge für 96 Betriebe mit 2037 Personen, davon waren 1856 Personen Mitglieder des Lederarbeiterverbandes. Von den im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifverträgen entfielen 12 Verträge auf 43 Betriebe mit 24 Personen auf die Lederhandschuhfabrikation, 5 Verträge für 19 Betriebe mit 799 Personen auf die Schuh- und Chromgerberei und 19 Verträge für 34 Betriebe mit 743 Personen auf die Weißgerberei und Lederfabrikation. Außerdem traten im Jahre 1910 noch 4 Verträge in Kraft, die bereits Ende 1909 abgeschlossen wurden, jedoch im Jahre 1910 insgesamt 40 Verträge für 102 Betriebe mit 2137 Personen in Kraft getreten sind. In der letzten Geschäftsperiode des Lederarbeiterverbandes 1908 bis 1910 wurden von diesem Verbande für die oben genannten Berufe insgesamt 81 Verträge für 285 Betriebe mit 3272 Personen abgeschlossen. Davon wurden 71 Verträge für 258 Betriebe mit 455 Personen durch Lohnbewegungen ohne Arbeitsvermittlung und 13 Verträge für 27 Betriebe mit 677 Personen durch Streiks oder Ausperrungen abgeschlossen. Von den 84 Verträgen waren 45 Verträge für 191 Betriebe mit 2713 Personen erstmalige Abschlüsse und 39 Verträge für 94 Betriebe mit 2559 Personen erneuerte oder verlängerte Verträge. Von allgemeinem Interesse dürfte die Dauer der Verträge sein. Von den 84 Verträgen hatten Gültigkeit: 1 Jahr 5 Verträge für 5 Betriebe mit 92 Personen, 1—2 Jahre 2 Verträge für 2 Betriebe mit 44 Personen, 2 Jahre 17 Verträge für 107 Betriebe mit 1746 Personen, 2—3 Jahre 10 Verträge für 16 Betriebe mit 218 Personen, 3 Jahre 37 Verträge für 102 Betriebe mit 1757 Personen, 3 bis 4 Jahre 3 Verträge für neunzehn Betriebe mit 792 Personen, 4 Jahre 7 Verträge für 32 Betriebe mit 543 Personen, sowie auch ein Vertrag für zwei Betriebe mit 17 Personen ohne bestimmte Geltungsdauer. Die zwei- und dreijährigen Verträge umfassen also je 33 Prozent, zusammen 66 Prozent der unter Tarifvertrag arbeitenden Personen. Die Mehrzahl der Verträge bestehen allerdings in der Handschuhindustrie und der Weißgerberei, wo der Klein- und Mittelbetrieb vorherrschend ist. In der Schuh- und Chromgerberei, wo der Großbetrieb die Produktion schon in der Hauptsache beherrscht, ist das Tarifvertragswesen auch noch wenig entwickelt.

Lohn- und Streikbewegungen im Gärtnergewerbe. Ein Teil der seit Anfang März eingeleiteten Bewegungen kann als abgeschlossen gelten, mehrfach mit vollem Erfolg, sonst mit recht guten Teilerfolgen. Tarifverträge kamen zustande in Düsseldorf für das Gesamtgewerbe, in München für die Branche Landschaftsgärtnerei, in Nürnberg für die dortigen größten Landschaftsfirmen und in Stuttgart ebenfalls mit der dort tonangebenden Landschaftsgärtnerei, die für die Regel 50 bis 60 Mann beschäftigt. Bei diesen Vereinbarungen sind durchgängig erhebliche Lohnaufbesserungen erreicht worden.

In Bremen ist der Kampf zu einer Art Generalstreik ausgewachsen, da dies als einzig mögliche Taktik verblieb. Ohne den allgemeinen Streik zu wählen, vollzogen sich unter mancherlei Umgehungen ein zähes Ringen. In diesen Tagen wird eine größere Anzahl der ledigen Gehilfen ihre Stellung aufgeben und den Ort verlassen. — In Düsseldorf mußten einige Firmen, die den abgeschlossenen Vertrag nicht anerkennen wollten, befristet werden, einige weitere wurden gesperrt; beides mit bisher gutem Erfolg. — In Solingen zerstreuten sich die Verhandlungen mit den Arbeitgebern; einige Firmen bewilligten, die anderen werden seit dem 10. April befristet. Bewilligt haben jetzt sechzehn Firmen. Im Auslande sind noch vierzehn Mann. — In Delfert (Rheinland) wurde für alle Gehilfen eine Durchschnittslohnsteigerung von 250 Mark pro Woche ohne Streik herausgeholt. — In Frankfurt a. M. gab es während der letzten zwei Wochen einige Firmenbewegungen mit teilweisem Auslande, auch hierbei wurden Aufbesserungen erreicht. — In München ist noch in der Handlungsgärtnerei eine Lohnsteigerung um 2 bis 3 Mark pro Woche eingetreten. — In Ludwig bei München erhoben die dortigen drei Unternehmern ihren Gehilfen den Wochenlohn von 24 Mark auf 28 Mark. — In Nürnberg haben die Handlungsgärtnereierunternehmer ebenfalls Lohnsteigerungen eintreten lassen und konnte damit für dieses Jahr die Bewegung für beendet erklärt werden. In einem Friedhofsbetriebe wurde eine Gehaltszulage von 15—20 M. im Monat herausgeholt und die zehnjährige Arbeitszeit bewilligt. — Die Streikbewegung in den Handlungsgärtnereibetrieben der Groß-Berliner, die vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden und Minimalwochenlohnsteigerung von 24 und 28 Mark zum Ziele hat, verläuft recht lebhaft, jedoch ohne besondere Schärfe haben und drücken. Die Unternehmer wissen, daß die aufgestellten Forderungen sich in berechtigten und bestehenden Grenzen bewegen. Demgemäß hatten einige bessere Firmen bereits bewilligt; ausständig wurden 252 Mann. Am 14. April waren in 63 Betrieben mit 209 Gehilfen die Forderungen anerkannt. Befonders erfreulich bei dieser Bewegung ist, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr solem Widerstande begegnet, wie das der Fall war in den Jahren 1900 und 1908, wo selbst die Einführung des Elftundentages sich nur langsam und schwer eingebürgert hat.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma W. Kelle r. Schuhfabrik in Göttingen (Württemberg) hatten die Arbeiter einige ganz minimale Forderungen gestellt, wie Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden, Vergütung für Überstunden, alles Dinge, die in allen anderen Betrieben in Göttingen längst durchgeführt sind. Die Firma zeigte sich anfangs nicht direkt ablehnend, und es bestand alle Hoffnung, die Angelegenheit auf gutlichem Wege regeln zu können. Nun aber legte die Firma den Arbeitern plötzlich einen Keil zur Unterzeichnung vor, womit sich diese verpflichten sollen, aus dem Zentralverband der Schuhmacher-Deutschlands auszutreten bzw. diesem nicht beizutreten. Ein Teil der Arbeiter ließ sich einschüchtern und unterzeichnete den Keil. Der andere Teil aber, circa 20 Mann, reichte die Kündigung ein. Zug um Zug ist streng ferngehalten.

Achtung, Gipsarbeiter! In den drei Gipsfabriken in Badenweiler a. Harz haben circa 80 Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer gegenüber eingetragenen Lohnforderungen der Arbeiter sich ablehnend verhielten. Am Fernhalten des Zugiges von Gipsarbeitern, besonders Spanierern, wird ermahnt.

